

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

ZENTRALASIEN UND DIE SCO MACHTWECHSEL IN KIRGISTAN

■ ANALYSE

Die zentralasiatischen Republiken und
die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) 2
Von Stephen Aris, Zürich

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Kennziffern zu Wirtschaft, Streitkräften und Energieverbrauch der SCO-Staaten 6

■ DOKUMENTATION

Revolution, Umsturz, Volksaufstand...
Materialien zur aktuellen Lage in Kirgistan 10
Chronologie der Ereignisse vom 6. bis 23. April 2010 11
Die Mitglieder der Übergangsregierung 17
Pressestimmen aus Zentralasien 18
Pressestimmen aus Russland 21

■ CHRONIK

Vom 20. März bis 23. April 2010 25

*Die Zentralasien-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



**Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen**



**Deutsche Gesellschaft für
Osteuropakunde e.V.**

Analyse

Die zentralasiatischen Republiken und die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO)

Von Stephen Aris, Zürich

Zusammenfassung

Gewöhnlich wird die SCO als eine russisch-chinesische Organisation betrachtet. Doch spielen auch die zentralasiatischen Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle in diesem Bündnis. Der vorliegende Beitrag analysiert sowohl ihre Interessen an und in der SCO als auch ihre Vorbehalte und Bedenken. Im Ergebnis sieht er ein Überwiegen der für die zentralasiatischen Führungen positiven Aspekte und eine wachsende Bedeutung des Bündnisses im Falle eines amerikanischen Rückzuges aus Afghanistan.

Die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) fand in den letzten Jahren viel Beachtung. Die überwiegende Mehrheit der westlichen Analysen konzentriert sich auf die Bedeutung des russisch-chinesischen Verhältnisses innerhalb dieses Bündnisses. Die anderen Mitglieder, die postsowjetischen zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan, werden dabei als peripher betrachtet. Wenn die zentralasiatischen Republiken ausgeklammert werden, wird allerdings zugleich ein wesentlicher Teil der der SCO zugrunde liegenden Dynamik nicht beachtet – auch wenn das russisch-chinesische Verhältnis selbstverständlich sehr wichtig ist. Der Fokus der SCO liegt auf den Umgang mit den Sicherheitsbedrohungen und der wirtschaftlichen Schwäche der zentralasiatischen Republiken. Deshalb stellen die zentralasiatischen Republiken das Herz der SCO dar und alle ihre derzeitigen Regierungen betrachten das Bündnis als einen nützlichen multilateralen Baustein ihrer Außen- wie auch Innenpolitik. Allerdings haben die Entwicklungen im letzten Jahr Bedenken geweckt, ob sich die SCO nicht von den Eigenschaften, die die zentralasiatischen Regierungen gegenwärtig als positiv betrachten, wegentwickeln könnte.

Positive Aspekte der SCO für die zentralasiatischen Republiken

Ein Hauptbedenken aller zentralasiatischen Republiken gegenüber multilateralen Organisationen ist, dass sie gezwungen sein könnten, eine Politik umzusetzen oder Aussagen zu unterstützen, die nicht in ihrem Interesse sind. Insofern wird der institutionelle Rahmen der SCO positiv gesehen, da er den zentralasiatischen Republiken eine Stimme in der Organisation gibt und seinen Mitgliedern zusichert, dass ihre Souveränität nicht untergraben wird. Die Vereinbarungen werden einvernehmlich von den Staatshäuptern der Mitglied-

staaten getroffen und alle Mitglieder haben bei jeder Aktion das Recht, nicht teilzunehmen. Über die formalen Strukturen hinaus versuchen Russland und China den zentralasiatischen Republiken immer auch zu vermitteln, dass sich die SCO an ihren Hauptinteressen orientiert und sie zu nichts verpflichtet sind, was ihren Interessen entgegenläuft.

Dieses konsensuale Umfeld sowie die Teilnahme zweier externer Mächte schützen vor der Dominanz einer einzelnen Agenda. Dies hat Usbekistan dazu bewogen, seine SCO-Mitgliedschaft seit deren Gründung im Jahr 2001 beizubehalten, während es sich über längere Zeitabschnitte nicht an den von Russland dominierten Zusammenschlüssen »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« (CSTO) und »Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft« (EurasEC) beteiligte. Die Struktur der SCO bietet zudem der kasachstanischen Regierung eine Plattform für eines ihrer Schlüsselziele: ihre Führungsrolle in Zentralasien geltend zu machen. Astana will sich als Großmacht mit Russland und China zusammenschließen und sich so von den anderen zentralasiatischen Republiken abheben. Im Rahmen der SCO fühlen sich die anderen zentralasiatischen Republiken von dieser Rhetorik weniger bedroht, da es dort immer noch zwei größere Mitglieder als Kasachstan gibt.

Alle zentralasiatischen Regierungen sind daran interessiert, ihre Legitimität zu steigern und die Stabilität ihres Regierungssystems sicherzustellen. Der SCO-Fokus lag – gerade in den ersten Jahren – auf den »drei bösen Kräften« Terrorismus, Extremismus und Separatismus, was von den Mitgliedern frei interpretiert wurde und jede gegen die Regierung gerichtete Bewegung in der Region einschließen konnte. Gegenwärtig sieht sich insbesondere die Regierung Karimow erheblichen Anfechtungen der Legitimität ihrer Herrschaft von Gruppen aus der Bevölkerung ausgesetzt. Die praktische und rhetorische Unterstützung der SCO in die-

ser Sache wird dankbar angenommen. Vor seiner Absetzung bezog das Regime Bakijews in Kirgistan Stärke und Legitimität aus seiner Gastgeberrolle beim jährlichen SCO-Gipfel 2007 in Bischkek. Die praktische Zusammenarbeit innerhalb der Regionalen Anti-Terror-Struktur (RATS) der SCO, wie das gemeinsame Nutzung von Geheimdienstinformationen und die Harmonisierung von Anti-Terror-Gesetzen, hat zu einem harten Vorgehen gegenüber Oppositionellen geführt, das länderübergreifend funktioniert. Außerdem ist die Zahl terroristischer und separatistischer Aktionen in der Region im Vergleich zu der Zeit um die Jahrtausendwende zurückgegangen.

Eine wichtige Funktion der SCO ist außerdem, dass sie die Innenpolitik der zentralasiatischen Republiken innerhalb der größeren internationalen Gemeinschaft unterstützt. Die SCO vertritt den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten. Diesen Grundsatz haben die zentralasiatischen Regierungen zur Verteidigung ihrer inneren Sicherheitsstrategien angeführt. Der eindeutigste Nutznießer war Usbekistan, das nach der Unterdrückung des Aufstands in Andischan im Jahr 2005 – angesichts der heftigen internationalen Verurteilung – Russland, China und die SCO um Unterstützung bat. Gerade nach der Welle von »farbigen Revolutionen« sind alle Regierungen für die rhetorische Unterstützung von Aktionen dankbar, die im Westen als antidemokratisch und repressiv betrachtet werden.

Die Entwicklung wirtschaftlicher Zusammenarbeit in großem Maßstab wird ebenfalls begrüßt. Obwohl es oft schwierig ist, zwischen bilateralen, trilateralen und SCO-Vereinbarungen zu unterscheiden, so gibt es doch eine Reihe großer Infrastrukturabkommen, die im Rahmen der SCO geschlossen wurden. Ein Beispiel hierfür ist der Bau einer Eisenbahnverbindung zwischen Andischan (Usbekistan), Torugart (Kirgistan) und Kaschgar (China).

Allen zentralasiatischen Republiken bietet die SCO ein Forum für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China, die sich bilateral nicht auf gleiche Weise entwickeln würde. Beijings Wunsch, das überwiegend negative Image Chinas in Zentralasien als imperialer Aggressor zu verbessern, kommt in bedeutenden chinesischen Investitionen in diese Region zum Ausdruck. 2004 bot China jedem SCO-Mitgliedstaat ein Darlehen in Höhe von 900 Mio. US-Dollar in Form eines Bestellerkredits an. Während Russland und die wirtschaftsstärkste zentralasiatische Republik, Kasachstan, ablehnten, nahmen die anderen zentralasiatischen Länder dieses Darlehen gerne in Anspruch, um damit den

Aufbau dringend benötigter staatlicher Infrastruktur zu finanzieren. Der Zufluss von Investitionen und Krediten wird besonders von den schwächeren Volkswirtschaften Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan begrüßt. Kasachstan bietet die SCO die Gelegenheit, umfangreiche Verträge zu schließen, um seine riesigen natürlichen Ressourcen nach China zu exportieren und wichtige Kommunikationsinfrastruktur zu errichten. Viele der gegenwärtig im Aufbau befindlichen SCO-Projekte sollen Transport- und Energieverbindungen zwischen Kasachstan und Westchina schaffen.

Bedenken der zentralasiatischen Republiken hinsichtlich der SCO

Während die zentralasiatischen Regierungen das wirtschaftliche Engagement Chinas bei Großprojekten begrüßen, zögern sie zugleich, ihre Volkswirtschaften der gewaltigen und wachsenden Wirtschaftsmacht China ohne Zoll- und Handelschranken zu öffnen. Die Entwicklung eines gemeinsamen Zoll- und Handelsraums der SCO-Mitgliedstaaten ist ein erklärtes Ziel Chinas. Allerdings wurde dieser Interessenunterschied bislang noch nicht thematisiert, im Wesentlichen weil Russland ebenfalls klar gegen einen solchen gemeinsamen Zollraum ist. Angesichts des Widerstands der anderen Mitglieder hat Beijing dieses Anliegen bislang nicht mit Nachdruck verfolgt. Daher konnten die zentralasiatischen Republiken von den chinesischen Investitionen in die SCO profitieren und zugleich darauf vertrauen, dass Russland verhindern wird, dass Chinas Agenda über wirtschaftliche Großprojekte hinausgeht.

Die geopolitische Rolle der SCO, die von Russland bisweilen forciert wird, ruft bei einigen zentralasiatischen Regierungen ebenfalls ein gewisses Unbehagen hervor. Manche Äußerungen der SCO, in denen das Verhalten des Westens recht offen kritisiert wird, werden von ihnen als potenzielle Bedrohung ihrer bestehenden Beziehungen mit westlichen Ländern und Institutionen gewertet. Insbesondere Kasachstan und Kirgistan, die bewusst eine multi-vektorale Außenpolitik verfolgen wollen, haben schon mehrfach deutlich gemacht, dass sie nicht mit der antiwestlichen Rhetorik in Verbindung gebracht werden wollen. Das kasachstanische Außenministerium hat bei diplomatischen Besuchen im Westen häufig erklärt, dass es nicht zulassen werde, dass aus der SCO eine antiwestliche Organisation wird.

Der Fokus der SCO liegt auf der Lösung nicht-traditioneller Sicherheitsbedrohungen mit zivilen Mitteln. Dennoch fanden in unregelmäßigen Abständen gemeinsame Militärmanöver mit wachsendem Umfang statt. Großmanöver für Friedensmissionen wurden in

den Jahren 2005 und 2007 durchgeführt, ein weiteres soll 2010 stattfinden. Die Szenarien, an denen sich diese Manöver orientieren, werden offiziell als antiterroristische Operationen bezeichnet. Die Manöver ließen das Schreckgespenst einer möglichen Einmischung der SCO in die inneren Angelegenheiten von Mitgliedstaaten aufkommen. Obwohl die SCO betont, dass sie nur eingreifen würde, wenn sie von der Regierung eines Mitgliedstaates dazu aufgefordert wird, beunruhigt die Möglichkeit von Interventionen einige der zentralasiatischen Republiken, insbesondere Usbekistan. Taschkent hat sich stets geweigert, an gemeinsamen Militärmanövern jeglicher Art teilzunehmen, das betrifft sowohl die der Friedensmissionen der SCO, als auch die der CSTO. Die Bedenken bezüglich einer militärischen Intervention sind seit Russlands Vorgehen bei dem kurzen russisch-georgischen Südossetien-Konflikt im August 2008 gewachsen. Dieses Unbehagen kam in der halbherzigen SCO-Erklärung zur Unterstützung des russischen Vorgehens zum Ausdruck, die im selben Monat auf dem jährlichen SCO-Gipfeltreffen verabschiedet wurde.

2004 wurde die Mongolei der erste offizielle Staat mit Beobachterstatus in der SCO, gefolgt von Iran, Indien und Pakistan im Jahr 2005. Darüber hinaus haben die Präsidenten von Turkmenistan und Afghanistan an den jährlichen SCO-Gipfeltreffen teilgenommen und auf dem letzten Treffen wurde ein neuer Status für Nichtmitglieder geschaffen: Belarus und Sri Lanka wurden Dialogpartner. Einige der Beobachterstaaten haben den Wunsch geäußert, Vollmitglieder zu werden, was zu Spekulationen über eine mögliche Erweiterung der SCO führte. Russland und insbesondere China haben ein gewisses Interesse an einer möglichen Erweiterung um Indien, Pakistan und Iran gezeigt. Die zentralasiatischen Republiken beunruhigt eine solche Erweiterung. Sie fürchten, dass die Organisation sich dadurch weg von ihren vorrangigen Interessen bewegt und zu einer Dachorganisation für groß angelegte Wirtschaftskooperationen quer durch Asien wird.

Es wird vermutet, dass eine Erhöhung der Mitgliederzahl den SCO-Rahmen überfordern würde und ein angespanntes Verhältnis zwischen einigen der Beobachter zu einer Lähmung führen könnte. In diesem Szenario würden die Stimmen der zentralasiatischen Republiken, möglicherweise mit Ausnahme Kasachstans, von Russland, China und diesen neuen größeren Ländern Südasiens übertönt werden. Darüber hinaus würde die Aufnahme von Iran einen wesentlichen Einfluss auf die geopolitische Wahrnehmung der SCO haben und im Westen wohl ein noch tieferes Misstrauen gegenüber dem Bündnis hervorrufen. Kasachstan würde daher

höchstwahrscheinlich ein Veto gegen die Mitgliedschaft des Iran einlegen.

Gegenwärtige Entwicklungen innerhalb der SCO

Die permanente Bedrohung der zentralasiatischen Republiken durch die Instabilität in Afghanistan hat im Laufe dieses Jahres zugenommen. Dies bereitet auch Russland und China ernsthafte Sorgen. Nach einem NATO-Rückzug würden sie alleine mit dem Machtvakuum und Chaos direkt vor ihrer Haustür zurückbleiben. Die SCO wird offenbar zunehmend als ein Instrument betrachtet, um eine gemeinsame Antwort auf diese Herausforderungen zu entwickeln. Im März 2009 veranstaltete die SCO eine große internationale Afghanistan-Konferenz und der damalige kirgisische Präsident Kurmanbek Bakijew schlug die Schaffung einer permanent tagenden Konferenz mit Sitz in Bischkek vor, die über den Umgang mit der Lage in Afghanistan beraten sollte. Die SCO hatte darüber hinaus erklärt, dass sie sich darauf vorbereite, eine aktive Rolle bei der Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan zu spielen. Wenn dieses Szenario zum Tragen kommt, werden die zentralasiatischen Republiken bei der Bekämpfung der sich von Afghanistan ausbreitenden Sicherheitsbedrohungen stark von Aktivitäten der SCO abhängen.

Der SCO-Gipfel in Jekaterinburg 2009 gab Befürchtungen Nahrung, dass sich das Bündnis durch eine Erweiterung ihrer Mitgliederzahl verändern würde. Denn der Gipfel wurde von einer auf ein großes Medieneco stoßenden geopolitischen Selbstdarstellung eines SCO-Beobachterstaates überschattet: Die Anwesenheit des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadineschad nur wenige Tage nach seinem höchst umstrittenen Sieg bei den iranischen Präsidentschaftswahlen, lenkte alle Aufmerksamkeit auf seinen geplanten Umgang mit den anhaltenden Protesten der Opposition in Iran. Der SCO-Gipfel war außerdem Schauplatz des ersten Treffens des indischen Premierministers Manmohan Singh mit dem pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari nach den Terroranschlägen in Mumbai im November 2008, die zu einem Zerwürfnis zwischen beiden Ländern geführt hatten. Deshalb konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit bei diesem Gipfel vor allem auf die hochrangige geopolitische Diplomatie. Die zentralasiatischen Republiken standen hingegen am Rande.

Die Entscheidung Moskaus und Beijings, den ersten BRIC-Gipfel direkt nach dem SCO-Jahrestreffen in derselben Stadt abzuhalten, schien ein Versuch zu sein, die SCO ins Zentrum einer alternativen Sicht auf die internationalen Beziehungen zu rücken. Dieser Aspekt der

Organisation ist insbesondere für Kasachstan und Kirgistan nicht vordringlich. Deshalb zeigt diese Verknüpfung der Gipfeltreffen, dass die zentralasiatischen Republiken ein Stück weit die Kontrolle über die Agenda der SCO verloren haben.

Fazit

Die SCO wird von den zentralasiatischen Republiken weitgehend positiv gesehen. Sie ermöglicht regionale Zusammenarbeit innerhalb einer Struktur, die die Dominanz durch einen einzelnen externen Geldgeber ausgleicht. Außerdem hat China eine Menge zusätzlicher Ressourcen für die Region bereitgestellt. Die SCO hat die Hauptanliegen der zentralasiatischen Republiken in den Mittelpunkt gestellt: Alle Mitglieder werten den Erhalt der bestehenden Regierungssysteme und die innenpolitische Stabilität als unerlässlich für die Stabilität in der Region.

Dennoch gibt es einige Bedenken hinsichtlich der SCO. Immer wenn die Kritik am Verhalten des Westens im Zentrum steht, äußern Kasachstan und Kirgistan ihr Missfallen. Allerdings sind die zentralasiatischen Republiken viel mehr wegen der möglichen

Erweiterung besorgt, die wahrscheinlich die Identität der SCO ändern würde: von einer eng auf ihre Interessen fokussierten Organisation hin zu einem loseren Forum für Verhandlungen zwischen den asiatischen Regionalmächten. In der letzteren Ausprägung würden die zentralasiatischen Republiken wohl nur eine Nebenrolle spielen, und nicht wie heute im Mittelpunkt stehen.

Kurzfristig scheint eine Erweiterung nicht wahrscheinlich zu sein, da Russland und China ebenfalls Bedenken hinsichtlich der Folgen einer Aufnahme der Beobachterstaaten haben. Stattdessen liegt der Fokus momentan auf dem Umgang mit der Sicherheitslage in Afghanistan. Dieses Sicherheitsinteresse wird für alle SCO-Mitglieder auch zukünftig zentral bleiben. Die Aussicht eines stufenweisen US-Rückzugs ab 2011 macht die Schaffung einer regionalen Alternative in Zentralasien notwendig. Gegenwärtig scheint das Bündnis in dieser Hinsicht sehr aktiv zu sein. In diesem Szenario werden sich die zentralasiatischen Republiken im Bereich Sicherheit stark auf die SCO stützen.

Aus dem Englischen von Corina Alt

Über den Autor:

Stephen Aris ist Senior Researcher am Centre for Security Studies an der ETH Zürich. Zurzeit arbeitet er an einem Buch über die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit.

Lesetipps:

- Offizielle Website der SCO: <http://www.sectsc.org/EN/>
- Alyson J.K. Bailes, Pál Dunay, Pan Guang, Mikhail Troitskiy, The Shanghai Cooperation Organisation, SIPRI Policy Paper No. 17, = <http://books.sipri.org/files/PP/SIPRI17.pdf>
- Richard Weitz, The SCO's Iran Problem, Central Asia and Caucasia Analyst, 19.8.2009, = <http://www.cacianalyst.org/?q=node/5159>
- Matthew Hall, The Shanghai Cooperation Organisation: A Partnership For Stabilising Afghanistan?, Centre for Defence and Strategic Studies // Australian Defence College, 5 November 2009 = <http://www.afghanconflictmonitor.org/2009/11/the-shanghai-cooperation-organisation-a-partnership-for-stabilising-afghanistan.html>

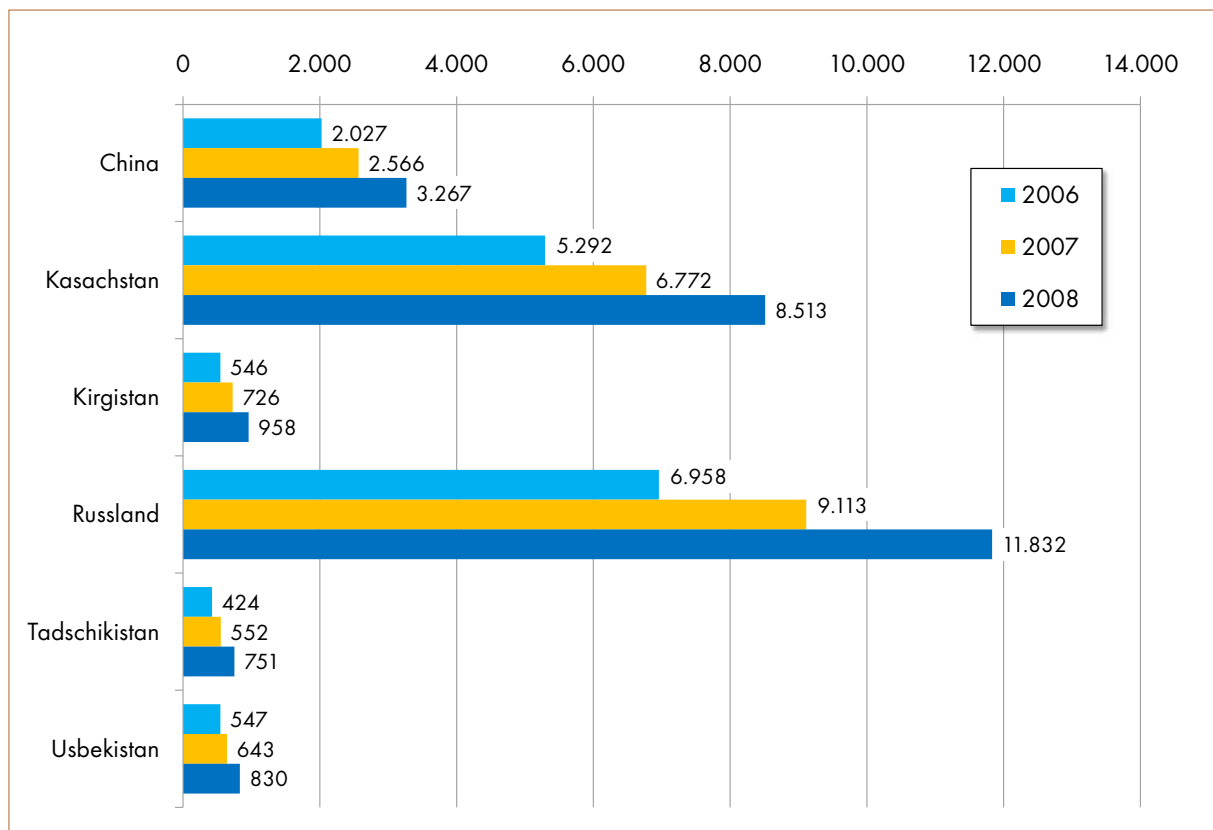
Tabellen und Grafiken zum Text

Kennziffern zu Wirtschaft, Streitkräften und Energieverbrauch der SCO-Staaten

BIP in Mrd. US-Dollar zum jeweiligen Wechselkurs

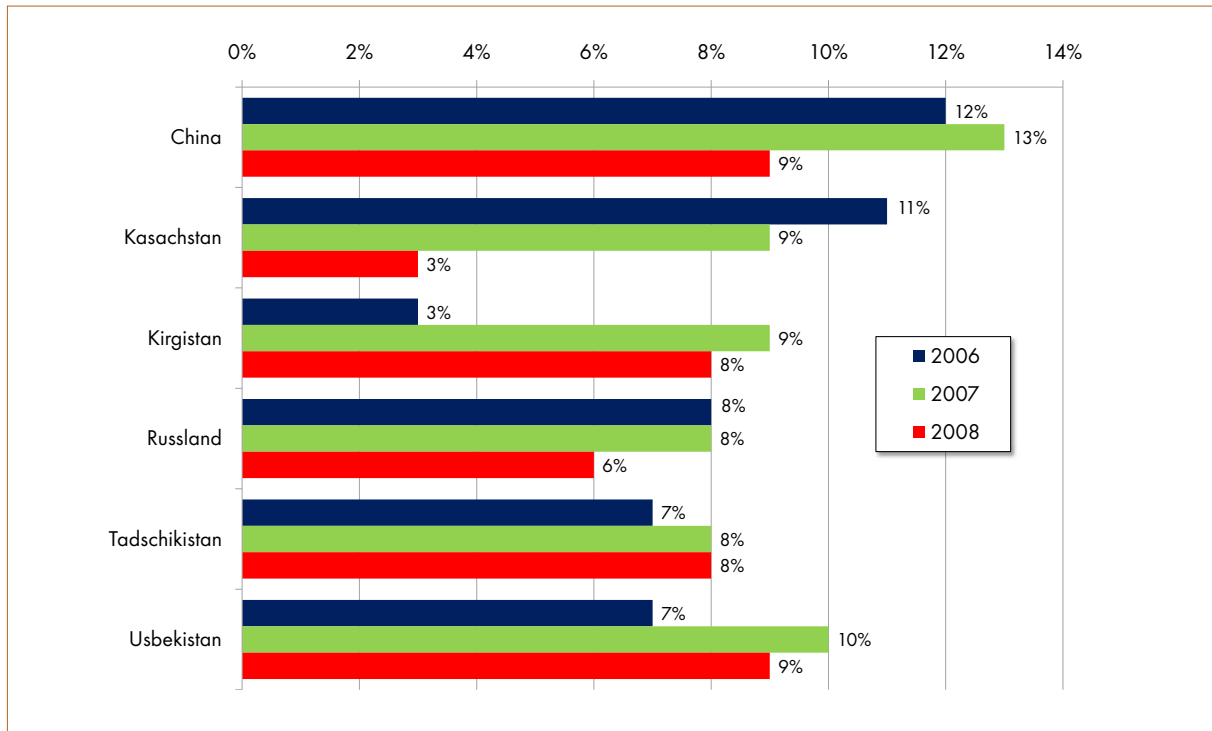
	2006	2007	2008
China	2658	3382	4327
Kasachstan	81	105	133
Kirgistan	2,8	3,8	5,1
Russland	991	1295	1679
Tadschikistan	2,8	3,7	5,1
Usbekistan	17	22	28

BIP pro Kopf

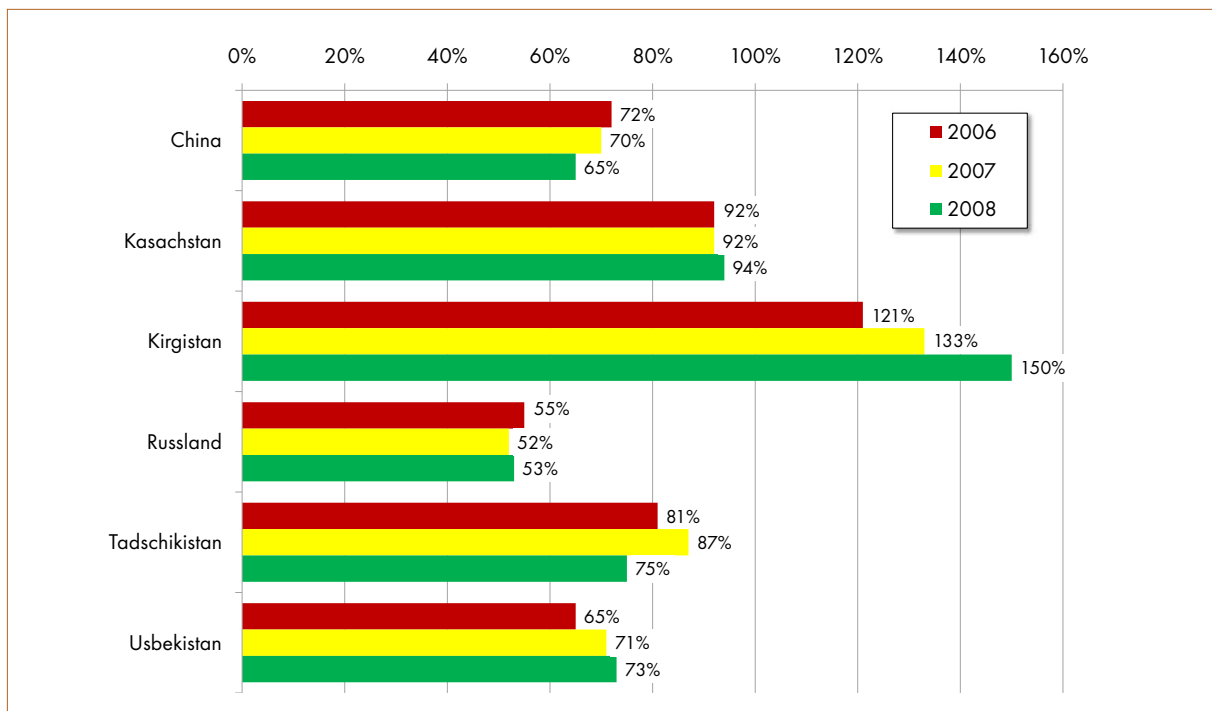


Quelle: World Bank Worlddata Bank; <http://databank.worldbank.org/ddp/home.do?Step=1&id=4>

BIP-Wachstum (in %)



Höhe des Außenhandels (Summe aus Exporten und Importen) als Anteil am BIP (in %)



Quelle: World Bank Worlddata Bank; <http://databank.worldbank.org/ddp/home.do?Step=1&id=4>

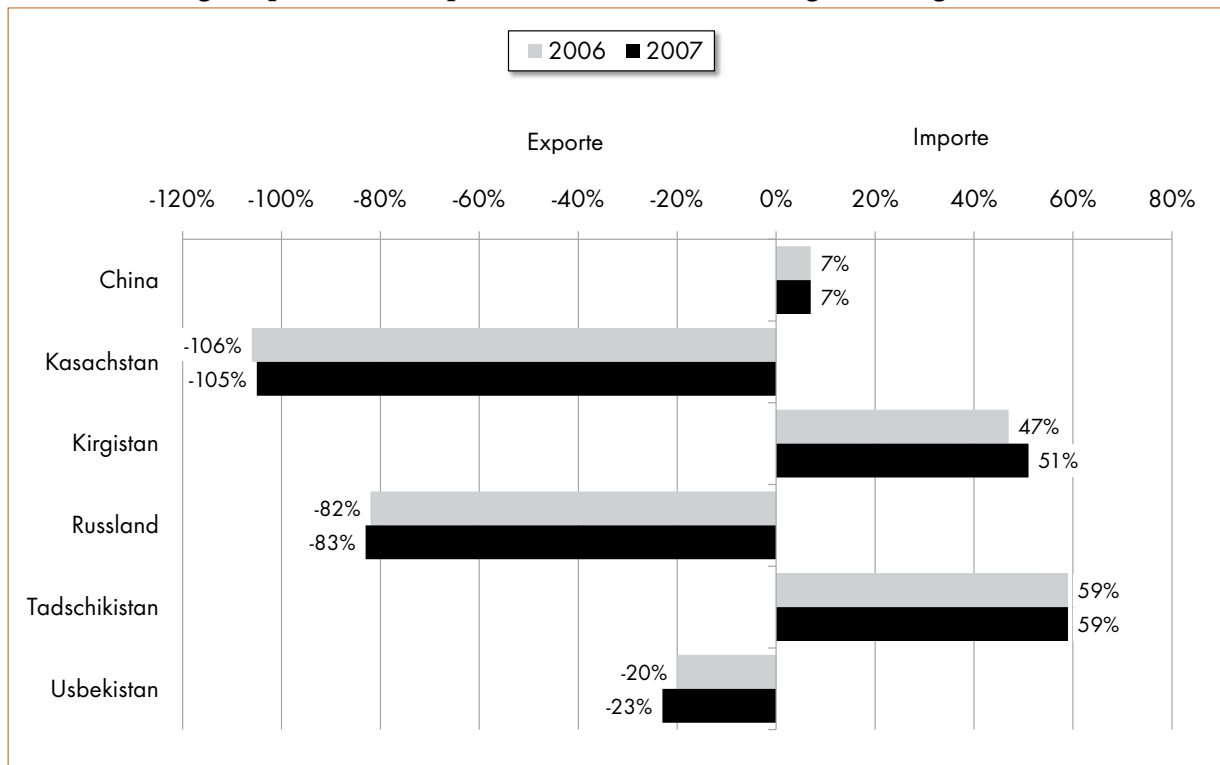
Währungsreserven (inkl. Gold, in Mrd. US-Dollar zum jeweiligen Wechselkurs)

	2006	2007	2008
China	1081	1546	1966
Kasachstan	19	18	20
Kirgistan	0,8	1,2	1,2
Russland	304	479	427
Tadschikistan	0,2	k.A.	k.A.
Usbekistan	k.A.	k.A.	k.A.

Personal der Streitkräfte, 2008 (in 1.000)

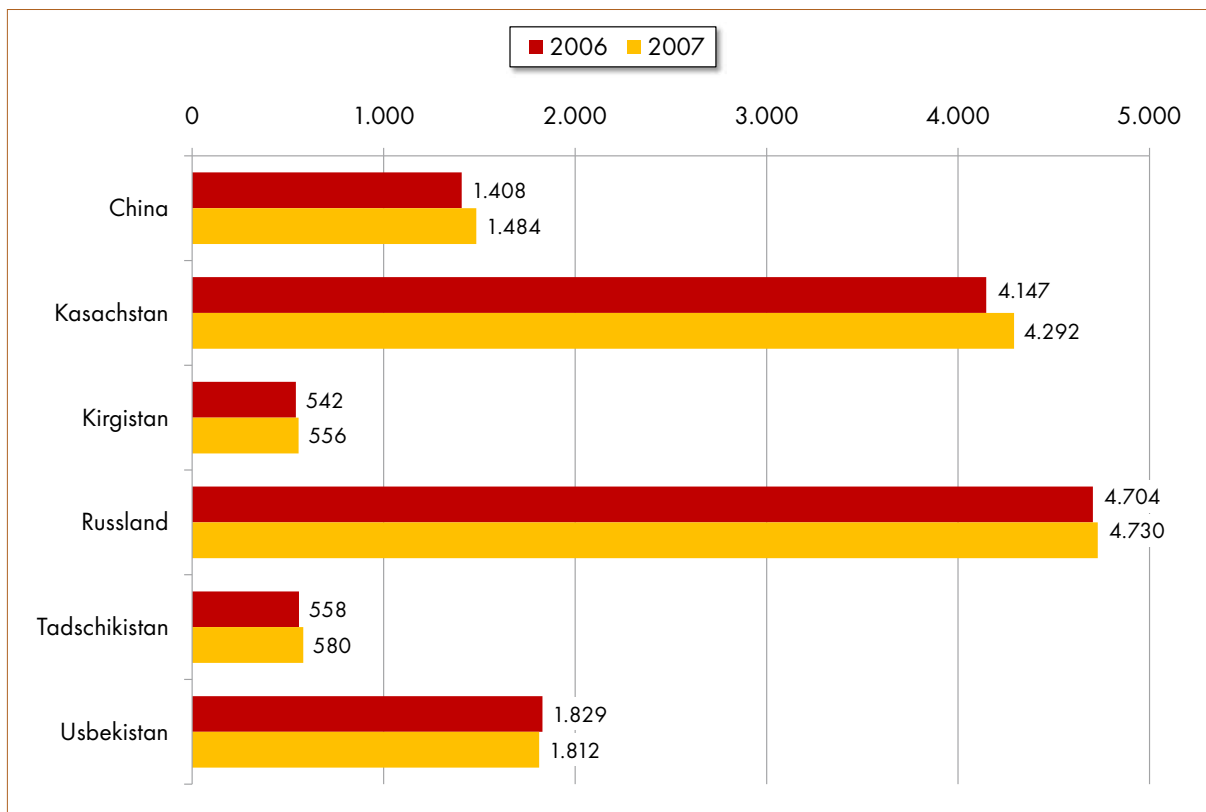
China	2885
Kasachstan	81
Kirgistan	21
Russland	1476
Tadschikistan	17
Usbekistan	87

Höhe der Energieimporte bzw. -exporte (als Anteil an der Energienutzung, in %)



Quelle: World Bank Worlddata Bank; <http://databank.worldbank.org/ddp/home.do?Step=1&id=4>

Energienutzung pro Kopf (in kg Öläquivalent)



Quelle: World Bank Worlddata Bank; <http://databank.worldbank.org/ddp/home.do?Step=1&id=4>

Dokumentation

Revolution, Umsturz, Volksaufstand...

Materialien zur aktuellen Lage in Kirgistan

Nachdem es in Kirgistan wochenlang zu den schon gewohnten Frühjahrsdemonstrationen gekommen war, eskalierte die Situation am 7. April 2010. Auch scharf schießende Sicherheitstruppen konnten letztlich nicht verhindern, dass Präsident Kurmanbek Bakijew aus Bischkek fliehen musste und eine neue Regierung an seine Stelle trat. Diese hat allerdings Probleme, ihre Macht zu konsolidieren und die Ordnung im ganzen Land wiederherzustellen. Erst internationales Engagement konnte Bakijew davon überzeugen, zurückzutreten und das Land zu verlassen. Allerdings ist das Problem damit nicht gelöst, lässt Bakijew doch aus dem weißrussischen Exil verlauten, dass er seinen Rücktritt nicht anerkenne und befördert damit Demonstrationen seiner Anhänger, die die neue Regierung nicht akzeptieren wollen. Obendrein kommt es in einigen Gebieten zu Plünderungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Soweit ist der grobe Ablauf der Ereignisse klar. Um Ihnen die Rekonstruktion im Einzelnen zu erleichtern, haben wir im Folgenden eine detaillierte Chronologie der Ereignisse seit dem 6. April zusammengestellt. Dabei wurde versucht, widersprüchliche Meldungen und voneinander abweichende Datumsangaben verschiedener Nachrichtenquellen abzuklären. Wir können aber keine Gewähr dafür übernehmen, dass uns dies bis ins Letzte gelungen ist. Das Gleiche gilt auch für die unten zusammengestellte Liste der Mitglieder der Übergangsregierung.

Noch scheint ziemlich offen, wie es weitergeht in Kirgistan. Auch besteht Unsicherheit darüber, was am 7. April überhaupt geschehen ist. Das wird schon an den unterschiedlichen Benennungen der Ereignisse deutlich. In Zeitungsmeldungen und ersten wissenschaftlichen Analyseversuchen finden sich die Begriffe Revolution, Umsturz, Revolte oder Volksaufstand. Am bisher treffendsten scheint noch die Bezeichnung Regimekollaps (International Crisis Group). Die richtige Einordnung ist dabei nicht nur von akademischem Interesse, sondern vor allem für die Politik von Bedeutung.

Deutsche Medien haben erstaunlich großes Interesse an den Ereignissen im fernen Kirgistan gezeigt. Die Reaktionen in seiner nahen und fernerer Nachbarschaft waren gemischt. In Usbekistan gab es bis auf eine offizielle Regierungserklärung, die in der offiziellen Presse abgedruckt wurde, keinerlei Erwähnung. Ähnliches lässt sich wie üblich für Turkmenistan konstatieren. Im wirtschaftlich und politisch schwachen Tadschikistan reichten die Reaktionen von trotzigem Betonungen der Stabilität im eigenen Land bis zu Warnungen vor ähnlichen Zuständen wie in Kirgistan. In den Medien der regionalen Führungsmacht Kasachstan wurden die Vorgänge erstaunlich professionell und pluralistisch analysiert. Der sonst übliche von oben herab gerichtete Blick auf den kleinen Nachbarstaat wich dabei der Sicht auf mögliche Strategien der Problemlösung für die Region als Ganzes.

Die russischen Medien berichteten sehr ausführlich und oft aus erster Hand über die Ereignisse. Gleichzeitig begann dort sehr schnell der Versuch, die Vorgänge in einen größeren Rahmen einzuordnen und – damit verbunden – Prognosen zu machen. Bei allen Unterschieden im Einzelnen ist den Kommentatoren eine sehr distanzierte und kritische Haltung gegenüber Kirgistan insgesamt, wie auch gegenüber dem ehemaligen Präsidenten *und* der Übergangsregierung, gemeinsam. Genauso eint sie große Skepsis bezüglich der Zukunft des Landes. Ihre kritischen Erklärungsversuche betreffen oft nicht nur Kirgistan allein, sondern die gesamte Region Zentralasien respektive die GUS. Die russischen Journalisten werden im Übrigen noch übertroffen von ihren Kollegen in Weißrussland, die natürlich die Anwesenheit des kirgisischen Ex-Präsidenten in ihrem Land in keiner Weise kritisch kommentieren. Kirgistan erscheint dort aber als Land wie auf einem anderen Stern, wo Armut und Chaos herrschen, wo der »asiatische Geist« herrscht und der »Stuppenwind nach Brand und Aufruhr« riecht.¹

Wir haben einige besonders typische Beispiele aus zentralasiatischen und russischen Zeitungen für Sie ausgesucht, die vor allem den Unterschied zwischen der Wahrnehmung in Zentralasien selbst und Russland sehr deutlich werden lassen. Die Frage der Zukunft der Militärbasen wurde in der gesamten Dokumentation bewusst ausgespart, da offenbar nicht nur die Pressemeldungen darüber, sondern auch die Äußerungen aus der Übergangsregierung nahezu täglich schwanken.

Beate Eschment und Henryk Alff

Chronologie der Ereignisse vom 6. bis 23. April 2010

6.4.2010	Nach der Verhaftung des Oppositionsführers Bolotbek Schernijasow eskalieren in Talas Demonstrationen gegen die Regierung. Es kommt zu Kämpfen zwischen Demonstranten und Miliz sowie eingeflogenen Sondereinheiten. Regierungstruppen haben vorübergehend die Oberhand, es kommt zu Verhaftungen. Später wird das Gebäude der Gebietsverwaltung nach der Eroberung durch die Demonstranten durch ein Feuer weitgehend zerstört.
	In ganz Kirgistan werden bekannte Oppositionspolitiker festgenommen, darunter Omurbek Tekebajew (Ata-Meken) und Almasbek Atambajew (Sozialdemokraten).
	Internetadressen mit der Endung *.kg funktionieren gar nicht oder mit Unterbrechungen.
	UN-Generalsekretär Ban Ki Moon fordert die Konfliktparteien zu Zurückhaltung und einen Dialog miteinander auf.
7.4.2010	In Talas gehen die Unruhen weiter. Ca. 7.000 Demonstranten stürmen das Rathaus der Stadt.
	Der Vorsitzende der Partei Ak-Schumkar, Timur Sarijew, wird bei seiner Rückkehr aus Moskau auf dem Bischkeker Flughafen verhaftet.
	Das Parlament tritt zu einer Sondersitzung zusammen.
	Vor dem Sitz der Sozialdemokratischen Partei, wo Oppositionsvertreter eine Pressekonferenz abhalten wollen, versammeln sich hunderte Anhänger. Die Staatsanwaltschaft erklärt die Menschenmenge zu einer nicht genehmigten Versammlung, die Einsatzkräfte sind in Wartestellung.
	Die Regierung erklärt die für den heutigen Tag von der Opposition angekündigten Kurultais (Volksversammlungen) in allen Gebietshauptstädten des Landes für verboten. Aus den Gebieten Naryn, Tschui und dem Bezirk Alaj, Gebiet Osch, der Heimat des verurteilten ehemaligen Verteidigungsministers Isakow, werden dennoch Menschenansammlungen gemeldet.
	In Naryn stürmen mehrere Tausend Menschen unter Führung des ehemaligen Generalstaatsanwaltes Asimbek Beknazarow die Gebietsverwaltung. Sie fordern nicht mehr nur Herabsetzung der Strom- und Gaspreise, sondern nun auch die Freilassung der verhafteten Oppositionspolitiker und den Rücktritt des Staatspräsidenten. Es wird ein neuer »Volks-Gouverneur« gewählt.
	In einem Bezirk des Gebietes Tschui versuchen Demonstranten ihrer Forderung nach Freilassung der Oppositionspolitiker durch die Blockade einer Fernverkehrsstraße Nachdruck zu verleihen.
	In Bischkek versammelt sich eine unorganisierte Menschenmenge von mehreren Tausend Personen vor dem Weißen Haus.
	In Talas besetzen Demonstranten die örtliche Verwaltung des Innenministeriums, in der sich der verhaftete Oppositionspolitiker Bolotbek Schernijasow befindet. Innenminister Moldomusa Kongantijew, Vize-Premier Akylbek Dschaparow und der Gouverneur von Talas werden in Gewahrsam genommen. Kongantijew soll schwer verletzt worden sein.
	Aus verschiedenen Gebieten wird die Besetzung von immer mehr Amtsgebäuden durch Demonstranten gemeldet.
	Die Zahl der Demonstranten auf dem Hauptplatz von Bischkek wird auf Zehntausend geschätzt. Es wird von beiden Seiten geschossen.
	Präsident Bakijew verhängt den Ausnahmezustand.
	Vor dem Regierungsgebäude in Bischkek eskaliert die Situation, es finden regelrechte Kämpfe zwischen scharf schießenden Sicherheitskräften und Demonstranten statt. Es gibt erste Tote.
	Demonstranten stürmen das Gebäude des staatlichen Fernsehsenders NTRK.
	In der Hauptstadt des Gebietes Issyk-Kul, Karakol, wird das Gebäude der Regierung ohne jede Gegenwehr gestürmt, der Gouverneur räumt freiwillig seine Amtsräume, tritt aber nicht zurück. Dennoch übernimmt ein Mitglied der örtlichen Opposition seinen Posten.
	Präsident Bakijew erlässt für Bischkek und die Gebiete Talas, Tschui und Naryn eine nächtliche Ausgangssperre von 22 – 6 Uhr.

7.4.2010 (Fortsetzung)	<p>Oppositionelle versuchen mit der Staatsmacht ins Gespräch zu kommen.</p> <p>Die am Vortag und am Morgen verhafteten Führer der Opposition sind frei.</p> <p>In Bischkek werden mehrere öffentliche Gebäude gestürmt, bei jeder Annäherung an den Regierungssitz wird aber nach wie vor scharf geschossen. Die Zahl der Toten steigt.</p> <p>Oppositionsführer Tekebajew erklärt in einer Fernsehdirektübertragung, dass die Opposition die Macht im Land übernommen habe.</p> <p>In Bischkek beginnen Plünderungen und gewalttätige Übergriffe.</p> <p>Präsident Bakijew verlässt Bischkek in einem Regierungsflugzeug mit unbekanntem Ziel. Die Kämpfe vor dem Weißen Haus dauern an. Die Zahl der Toten liegt in Bischkek bei 47, die der Verletzten steigt.</p> <p>Die Opposition macht Rosa Otunbajewa zur Übergangspräsidentin.</p> <p>Der ehemalige Präsident Askar Akajew, der seinen Sturz den Amerikanern anlastet, erklärt in einem Interview, dass die jetzigen Vorgänge Folge amerikanischer Politik seien.</p> <p>Die schon länger verurteilten Oppositionellen Ismail Isakow, Erkin Bulekbajew, Saparbek Argynbajew und Uran Ryskulow werden freigelassen.</p> <p>Interfax meldet, dass Ministerpräsident Putin auf einer Pressekonferenz erklärt habe, dass Russland nichts mit den Vorgängen in Kirgistan zu tun habe.</p> <p>Aus der CSTO verlautet, dass die Organisation sich nicht in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder einmische.</p> <p>UN-Generalsekretär Ban Ki Moon äußert sich tief betroffen über die hohe Zahl der Opfer und fordert die Konfliktparteien zu Zurückhaltung auf.</p>
8.4.2010	<p>Es wird bekannt, dass Präsident Bakijew nach Osch geflohen ist.</p> <p>In Osch fanden und finden Demonstrationen von Anhängern und Gegnern des Präsidenten statt. Die Opposition übernimmt ohne jede Gegenwehr das Gebäude der Gebietsverwaltung und die Macht.</p> <p>Der Gouverneur von Batken tritt zurück und stellt sich auf die Seite der Opposition.</p> <p>Im verwüsteten Gebäude des Parlamentes in Bischkek findet eine Pressekonferenz der bisherigen Opposition statt. Sie erklärt die Übernahme der Macht und stellt die Übergangsmminister der wichtigsten Ministerien vor.</p> <p>In ihrer Eigenschaft als Übergangspräsidentin erlässt Rosa Otunbajewa ein Dekret über den Übergang der Macht, alle Vollmachten von Regierung und Präsident gehen an die Übergangsregierung, das Parlament ist aufgelöst. Eine neue Verfassung und Neuwahlen werden für die nahe Zukunft angekündigt.</p> <p>Almasbek Atambajew befindet sich auf dem Flug nach Moskau zu Gesprächen mit dem Kreml. Ministerpräsident Putin soll in einem Telefongespräch mit Rosa Otunbajewa seine Unterstützung für die neue Regierung ausgesprochen. Die USA verhalten sich dagegen abwartend.</p> <p>Die Zahl der Toten wird in Bischkek mit 82 beziffert.</p> <p>In Dschalalabad scheitert der Versuch, die Gebietsverwaltung zu stürmen. Die örtliche Führung verhält sich abwartend, besetzt aber einige Posten neu.</p> <p>Der noch amtierende Präsident Bakijew wendet sich in einer per e-mail versandten Adresse an die Bevölkerung, in der er sich gegen Gerüchte wendet, er sei zurückgetreten. Er erkennt die amtierende Regierung nicht an und macht sie für das Blutvergießen verantwortlich.</p> <p>Es wird bekannt, dass sich Bakijew mit mehreren Familienmitgliedern, darunter seinem Bruder Dschanysch, bisher Chef des staatlichen Sicherheitsdienstes, in einem Dorf in der Nähe von Dschalalabad aufhält und von dort aus versucht, seine Rückkehr an die Macht zu organisieren.</p> <p>In einem Interview mit Echo Moskau macht Bakijew eine ausländische Macht für seinen Sturz mit verantwortlich, ohne sie wäre eine so gut koordinierte Aktion gar nicht möglich gewesen. Er nennt aber auch auf Nachfrage keinen Namen.</p> <p>Eine von der Übergangsregierung gebildete Volkswehr versucht auch mit Schusswaffengebrauch in Bischkek gegen Plünderer vorzugehen, die u. a. das Privathaus Bakijews zerstört hatten.</p>

8.4.2010 (Fortsetzung)	Sowohl der kasachstanische Außenminister in seiner Eigenschaft als Vertreter des OSZE-Vorsitzes wie auch UN-Generalsekretär Ban Ki Moon entsenden Sonderbeauftragte nach Kirgistan.
	Bundesaußenminister Guido Westerwelle drückt in einer Presseerklärung seine Erschütterung über die Opfer vom 7.4. aus und fordert die Verantwortlichen auf, alles zu tun, um die Sicherheit wieder her zu stellen.
	Die EU-Außenbeauftragte, Catherine Ashton, äußert in einer Presseerklärung ihre Beruhigung über erste Anzeichen von Stabilisierung und fordert die Konfliktparteien zu Zurückhaltung und Dialog auf. Sie erklärt die Bereitschaft der EU zu humanitärer Hilfe.
9.4.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft soll Strafverfahren gegen die beiden Söhne Bakijews (die beide im Ausland sind) und seinen Bruder Dschanytsch, dem neben anderem der Schießbefehl am 7.4. zur Last gelegt wird, eröffnet haben.
	Die Übergangsregierung garantiert Bakijew im Falle eines Rücktritts seine persönliche Sicherheit. In Interviews erklärt Bakijew, dass er zum Rücktritt nicht bereit sei, Otunbajewa, dass Gespräche mit Bakijew nutzlos seien.
10.4.2010	Offizieller Tag der Trauer für die Opfer der Unruhen
	Die Übergangsregierung und Bakijew sollen doch Gespräche miteinander führen.
	Fergana.ru meldet in einem langen Bericht auch Dschalalabad, dass mehrere geplante Kundgebungen abgesagt wurden, befürchtete ethnische Spannungen mit den örtlichen Usbeken wieder abklingen und die Zahl der Anhänger Bakijews wohl nicht so hoch ist, wie befürchtet.
11.4.2010	Präsident Bakijew kommt in sein Heimatdorf in der Nähe von Dschalalabad und verteilt dort den Hausrat seiner Häuser an die Dorfbewohner.
	Die US-Botschafterin in Kirgistan, Tanja Gfoeller, erklärt ihr Mitgefühl für die Opfer und berichtet, dass Außenministerin Hillary Clinton mit Rosa Otunbajewa telefoniert habe und auf eine friedliche Lösung dränge.
	In Bischkek findet ein Treffen des UN-Sondergesandten Jan Kubis, des OSZE-Sondergesandten Dschanybek Karibschanow und des stellvertretenden Generalsekretärs des CSTO Witalij Strugowez statt, bei dem ein koordiniertes Vorgehen vereinbart wird.
	Die Übergangsregierung löst neben den Botschaftern in den USA, Russland, der Türkei und Norwegen auch Marat Bakijew, bisher Botschafter in Deutschland und Bruder des vertriebenen Präsidenten, ab.
	Gerüchte, dass die Ausreise des Präsidenten unmittelbar bevorstehe, verdichten sich.
12.4.2010	Bei einer Pressekonferenz in seinem Heimatdorf erklärt Bakijew erneut, dass er sich nichts habe zu Schulden kommen lassen, keinen Rücktritt beabsichtige und eine internationale Untersuchung fordere. Er erkennt die Übergangsregierung nicht an und bezeichnet ihre Mitglieder als Banditen.
	Almasbek Atambajew gibt auf einer Pressekonferenz die Ergebnisse seines Moskaubesuches bekannt: Moskau stelle Kirgistan 150 Mio. US-Dollar zur Verfügung und die Belieferung mit Treibstoffen sicher. Von russischer Seite werden diese Angaben nicht bestätigt.
	Im Zentrum von Bischkek wird am Mittag der Anführer einer bekannten Verbrechergruppe, Maksat Karasartow, von einem Unbekannten erschossen. Der Vorfall wird in Verbindung mit einer wachsenden Aktivität dieser Gruppen seit dem 7.4. gebracht.
	Das im Süden Kirgistans wirkende usbekische Kulturzentrum erklärt, dass es die Übergangsregierung unterstütze und keine Pläne für eine nationale Autonomie der Usbeken Kirgistans verfolge.
	Aus dem Gebiet Talas wird gemeldet, dass in Bezirken und Ortschaften die Zuständigen für die Wasserverwaltung von der Bevölkerung als abgesetzt erklärt werden. Das Haus des Inhabers einer Spielhalle in Talas wird beschossen
	Die Parteiführer von Ak-Schumkar, Ata-Meken und Sozialdemokraten distanzieren sich in einer Erklärung von Plünderungen, illegalen Landnahmen usw..
	Der übergangsweise amtierende Generalstaatsanwalt gibt bekannt, dass Bakijews Sohn Maksim, sowie sein Bruder Dschanytsch und der bisherige Verteidigungsminister Bakytbek Kalyjew zur Fahndung ausgeschrieben wurde.
	Die Übergangsregierung löst das Verfassungsgericht auf, da es das Vertrauen des Volkes verloren habe.

12.4.2010 (Fortsetzung)	Atambajew erklärt auf einer Pressekonferenz, dass die Übergangsregierung alle internationalen Verträge einhalten werde, allerdings hätten die Amerikaner wegen einer Reihe von Fehlern das Vertrauen des kirgisischen Volkes verloren, daher müsse der Nutzungsvertrag für Manas überprüft werden. Otunbajewa äußert sich dazu zurückhaltender.
	Sowohl aus den Gebieten als auch aus den gesamtstaatlichen Behörden wird berichtet, dass Stellenumbesetzungen Unzufriedenheit in der Bevölkerung hervorrufen und offensichtlich in Konkurrenz der Parteien, bzw. ihrer Führer stattfinden.
	Der immer noch im Amt befindliche Präsident Bakijew denkt laut darüber nach, im Süden des Landes seine Hauptstadt einzurichten und wiederholt, dass er nicht zurücktreten werde.
	In der Moskauer Carnegie Foundation erklärt der ehemalige Präsident Akajew seine Unterstützung für die Übergangsregierung und betont Erfahrung und Qualifikation ihrer Mitglieder.
	Das Justizministerium registriert mit der kirgisischen Ausgabe des Moskovskij Komsomolez unerwartet eine Zeitung, der dies zuvor vier Mal verweigert wurde.
13.4.2010	Bakijew tritt in Dschalalabad vor ca. 5.000 Menschen auf und wiederholt seinen Standpunkt.
	Der Vorsitzende des Obersten Gerichtes wird abgesetzt. Zum Nachfolger wird sein bisheriger Stellvertreter Kubanytschbek Mombekow ernannt.
	Fergana.ru meldet, dass sich der gesuchte Sohn Bakijews, Maksim, der sich zum Zeitpunkt des Umsturzes in den USA aufgehalten hatte, nun in Lettland sei, wohin er Geschäftsbeziehungen hat.
14.4.2010	Aus Dschalalabad werden wachsende Spannungen gemeldet. Auf dem Hauptplatz der Stadt versammeln sich tausende Menschen, mehrheitlich Bakijew-Anhänger. Ihre Ordner lassen keine Usbeken auf den Platz.
	Die beiden bekannten Rechtsverteidigerinnen Asisa Abdurasilowa und Tolekan Ismailowa erklären nach einem Gespräch mit Bakijew in seinem Heimatdorf Tejit, dass Bakijew gesprächsbereit sei.
	Die russische Botschaft übergibt im Außenministerium eine Protestnote wegen der bedrohlichen Lage für die Russen des Landes. Die Lage des Ministeriums ist unklar, weil der bisherige Außenminister Sarbajew nicht aus den USA zurückgekehrt ist.
	Der bisherige Innenminister Kongantijew lässt bekannt geben, dass er im Lande sei und bereit, nach seiner gesundheitlichen Wiederherstellung vor Gericht zu erscheinen.
	Rosa Otunbajewa trifft mit dem im US State Department für Süd- und Zentralasien zuständigen assistant secretary, Robert Blake, zusammen, der die Bereitschaft der USA für weitere Unterstützung Kirgistans erklärt. Die Frage des Luftwaffenstützpunktes Manas sei nicht angesprochen worden.
	Wladimir Putin warnt in Washington vor den Folgen einer Destabilisierung Kirgistans.
	Eine kirgisische Delegation unter Führung Timur Sarijew trifft in Moskau ein.
	Der russische Finanzminister Aleksej Kudrin erklärt, dass Russland Kirgistan 20 Mio. US-Dollar schenkt und einen Sonderkredit von 30 Mio. US-Dollar gewährt.
	Auf Initiative Bakijews findet ein Telefongespräch mit Putin statt, meldet RIA Nowosti.
15.4.2010	Bakijew fährt mit einem Konvoi von 40 Wagen nach Osch, wo eine von der neuen Führung organisierte Großkundgebung mit 3.000–5.000 Teilnehmer stattfindet. Es gelingt den 30–40 bewaffneten Leuten Bakijews nicht, die Veranstaltung zu stören. Die Lage bleibt angespannt
	Der amtierende Chef des nationalen Sicherheitsdienstes, Keneschbek Duschabajew, erklärt, dass die Übergangsregierung alle Gebiete und Institutionen des Landes unter Kontrolle habe, allerdings gäbe es noch einige gefährliche Punkte im Gebiet Issyk-Kul, wo es zu Auseinandersetzungen krimineller Gruppen käme, und in Bischkek; im Gebiet Tschui käme es noch zu Landraub und Überfällen auf Unternehmen.
	Die Übergangsregierung entlässt die Führungen aller führenden Justizinstitutionen des Landes.
	In Osch versuchen Bakijew-Anhänger den örtlichen Fernsehsender EITR zu stürmen
	Rosa Otunbajewa ernennt Ruslan Kasabajew zum neuen Außenminister.
	Die Generalstaatsanwaltschaft leitet gegen Maksim Bakijew ein Strafverfahren wegen Machtmissbrauch und nicht sachgerechter Verwendung von Krediten ein.

15.4.2010 (Fortsetzung)	Bakijew teilt auf einer Pressekonferenz in seinem Heimatdorf mit, dass der weißrussische Präsident Lukaschenko seinen Sturz verurteile und ihm politisches Asyl angeboten habe, was er aber ablehne. Er berichtet außerdem, dass er mit dem kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew gesprochen habe.
	Der bisherige Verteidigungsminister Kalyjew, dem u. a. der Schießbefehl am 7.4. angelastet wird, wird in der Nähe von Dschalalabad verhaftet.
	Ein Flugzeug mit Bakijew an Bord verlässt Dschalalabad mit unbekanntem Ziel, knapp anderthalb Stunden später wird bekannt, dass es in Taras in Kasachstan gelandet ist.
	Es wird bekannt, dass Bakijew unmittelbar vor seinem Abflug seinen Rücktritt eingereicht hat. Die Lösung wurde durch gemeinsame Bemühungen von Kasachstan/OSZE, UNO und EU, sowie der Präsidenten Nasarbajew, Obama und Medwedjew möglich.
16.4.2010	Die offiziellen Massenmedien veröffentlichen eine Erklärung Rosa Otunbajewas, dass Bakijew zurückgetreten sei und die Erklärung, dass die Übergangsregierung seine Ausreise zugelassen habe, um neues Blutvergießen zu verhindern.
	Dschanysch Bakijew, der nicht mit seinem Bruder das Land verlassen hatte, sondern im Dorf Tejit geblieben war, hat sich nicht, wie vereinbart, den Sicherheitskräften gestellt.
	Nach Angaben des türkischen Außenministeriums beklagen 50 türkische Unternehmer Schäden durch Plünderungen etc. Man werde Verhandlungen mit Vertretern der Übergangsregierung wegen Schadensersatz einleiten.
17.4.2010	Im Zentrum von Dschalalabad versammeln sich ca. 500 Milizionäre aus Protest gegen die Ernennung Bolotbek Schernijasows zum neuen Innenminister. An anderer Stelle fordern Anhänger des verhafteten ehemaligen Verteidigungsministers Kalyjew dessen Freilassung. Am Nachmittag stürmen sie das örtliche Studio des staatlichen Fernsehens. Die Demonstranten bezweifeln den Rücktritt Bakijews.
	Eine Polizei-Großaktion um das Dorf Tejit zur Verhaftung von Dschanysch Bakijews soll erfolglos sein.
	Innenminister Schernijasow stellt sich Fragen von Demonstranten, wird angegriffen, kann aber fliehen.
	Dschanysch Bakjew erklärt in einem Interview mit Interfax, dass er sich nicht freiwillig stellen werde. Zwar habe er sein Ehrenwort gegeben, betrachte das aber nach der Verhaftung von Ex-Verteidigungsminister Kalyjew als hinfällig.
	Ein Vertreter der Übergangsregierung erklärt, diese habe trotz einiger Unruheherde die Situation unter Kontrolle. Eine Rückkehr Bakijews sei ausgeschlossen, man werde nicht mit Gewalt gegen seine Anhänger vorgehen.
18.4.2010	Der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, erklärt öffentlich, dass Bakijew in seinem Land jederzeit willkommen sei.
	Der stellvertretende Übergangspremier Tekebajew schlägt vor, dass Rosa Otunbajewa Übergangspräsidentin werden solle und dies durch ein Referendum bestätigt werden solle.
	Auf einer spontanen Versammlung ethnischer Usbeken in Dschalalabad wird mit der Bildung einer Bürgerwehr begonnen, da sie sich von der Miliz nicht mehr geschützt fühlen.
	Finanzminister Sarijew teilt mit, dass am 7. und 8.4. von Konten der Familie Bakijew bei mehreren Banken ca. 200 Mio. US-Dollar ins Ausland überwiesen wurden, die zur Organisation von Unruhen genützt werden könnten. Man habe international um Hilfe beim Einfrieren der Gelder ersucht. 14,5 Mio. wurden im Land gefunden, sie sollen für Schadensersatzzahlungen verwendet werden.
	Der erste stellvertretende Premier Atambajew erklärt, dass alle zur Zeit Bakijews verurteilten politischen Gefangenen in allernächster Zukunft freigelassen werden sollen.
19.4.2010	Im südkirgisischen Kysyl-Kija (Gebiet Batken) hindern Demonstranten die neue, von der Übergangsregierung ernannte Bürgermeisterin, ihre Amtsräume zu betreten.
	Im Zentrum von Osch versammeln sich ca. 300 Angehörige der Sicherheitskräfte des Gebietes und fordern von der Übergangsregierung, sie nicht für politische Zwecke und nicht als lebende Schutzschilde gegen die Bevölkerung einzusetzen und ihre Bezüge zu erhöhen, sowie eine Kompensation für die Verletzten der Ereignisse. Der örtliche Chef der inneren Verwaltung und der Gouverneur sind anwesend und wirken beruhigend.

19.4.2010 (Fortsetzung)	Eine große Gruppe junger, teilweise bewaffneter Dorfbewohner (die Angaben schwanken zwischen 1.000–2.000), versammeln sich im Dorf Majewka nahe Bischkek, werfen Steine auf die Verwaltung und zünden Autos an. Sie fordern die Zuteilung von Land, nachdem sie zuvor erfolglos versucht hatten sich Landstücke anzueignen. Es soll drei Tote, 25 Verletzte und 40–50 Festnahmen gegeben haben. Das Dorf soll stark zerstört sein, ethnische Hintergründe der Übergriffe sind nicht auszuschließen.
	Im Zentrum von Osch versammeln sich Anhänger des früheren Präsidenten und wählen einen eigenen Gouverneur. Nach ihrer Überzeugung hat Bakijew nicht abgedankt und wird bald ins Land und Amt zurückkehren. Die Demonstranten sollen von zwei Brüdern Bakijew angeführt worden sein.
	Rosa Otunbajewa empfängt den Generalsekretär der SCO, Muratbek Imanalijew, der Wirtschaftshilfe seiner Organisation zusagt.
	30 von 90 Abgeordneten des aufgelösten Parlamentes versammeln sich in einem Hotel in Bischkek, anerkennen die Übergangsregierung und wählen Ischak Masalijew von der Fraktion der Kommunistischen Partei zum neuen Sprecher.
	Die Übergangsregierung kommt den Forderungen von protestierenden Milizionären nach und ersetzt Innenminister Bolotbek Schernijasow durch Bakyt Alynbekow.
	Am Abend versuchen mehrere hundert Menschen erfolglos, das Gebäude der örtlichen Verwaltung in Dschalalabad zu stürmen, es fallen Schüsse. Die Demonstranten ziehen danach bewaffnet und laut den Namen des zurückgetretenen Präsidenten rufend durch die Stadt.
	In Talas versammeln sich ca. 500 Menschen, um gegen den neuen Gouverneur zu protestieren. Letztlich beugt sich die Übergangsregierung den Demonstranten und ernennt ihren Wunschkandidaten, der nicht die verfassungsmäßig vorgeschriebene höhere Bildung hat, zum neuen Bürgermeister der Stadt.
	Aus der Tourismusbranche verlautet, dass man mit Verlusten von bis zu 3 Mio. US-Dollar wegen infolge der Unruhen ausbleibenden Touristen rechnet.
20.4.2010	Der Konflikt zwischen Bakijew-Anhängern und den neuen Amtsträgern der Übergangsregierung in Dschalalabad setzt sich fort. Demonstranten verbarrikadieren das Gebäude des neuen Gouverneurs.
	Russische Nachrichtenagenturen melden, dass Bakijew und seine Familie, über deren Verbleib gerätselt worden war, in Minsk eingetroffen sind. Präsident Lukaschenko erklärt, dass sie unter seinem persönlichen Schutz stünden.
	Aus dem Gesundheitsministerium verlautet, dass noch 342 Verletzte vom 7. April in Krankenhäusern sind, neun in sehr ernster Verfassung.
	Tekebajew gibt im staatlichen Fernsehen bekannt, dass das Verfassungsreferendum am 27. Juni stattfinden solle, die Parlaments- und Präsidentenwahlen am 10. Oktober. Die Vorstellung der revidierten Verfassung kündigt er für den 25. 4. an.
21.4.2010	Im Hauptquartier der GUS in Minsk erklärt Bakijew, dass er seinen eigenen Rücktritt nicht anerkenne und nach wie Präsident sei. Er fordert die internationale Gemeinschaft auf, die Übergangsregierung nicht anzuerkennen.
	Die Übergangsregierung bittet um internationale finanzielle Unterstützung für die Durchführung des Referendums und der Parlaments- und Präsidentenwahlen. Gebraucht werden ca. 450 Mio. Som (ca. 10 Mio. US-Dollar).
	Catherine Asthon erklärt vor dem Europäischen Parlament, dass die EU bereit ist, Unterstützung im politischen, finanziellen und technischen Bereich zu leisten, damit Kirgistan bald wieder eine legitime, demokratische Führung habe.
	Die Übergangsregierung setzt neue Preise für Strom und Heizung fest.
	In Dschalalabad kommt es zu Auseinandersetzungen von Bakijew-Anhängern unter Führung seiner Brüder und Anhängern des neuen Gouverneurs Bektur Asanow.
	Der stellvertretende Premier Tekebajew teilt mit, dass die Führungsfiguren der Pro-Bakijew-Bewegung in Dschalalabad festgenommen wurden.
	Vertreter der meschetisch-türkischen und kurdischen Diaspora wenden sich gegen Darstellungen, dass die Übergriffe in Majewka einen ethnischen Hintergrund hatten, es seien Vertreter aller Nationalitäten betroffen gewesen.

21.4.2010 (Fortsetzung)	In Kasachstan wird der umstrittene Finanzberater der Familie Bakijew, Jewgenij Gurjewitsch, festgenommen.
22.4.2010	In einem Interview mit der Rossijskaja Gaseta erklärt Otunbajewa, dass die Übergangsregierung nicht die Absicht habe, die bestehenden Abkommen über Militärbasen zu revidieren.
	Nach Angaben aus dem Innenministerium folgt eine große Zahl von Bürgern Bischkeks und der Gebiete Tschui und Talas der Aufforderung, freiwillig ihre Waffen abzugeben.
23.4.2010	24.kg meldet, dass der ehemalige Energieminister Iljas Dawydow am Vorabend festgenommen worden sei.
	Die zur Leiterin der Zentralen Wahlkommission ernannte Menschenrechtlerin Tolekan Ismailowa legt ihr Amt bei der ersten Sitzung nieder, weil die Ernennung der Mitglieder nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Regeln folgte und daher illegitim sei.
	Ungefähr 30 Angehörige von am 7.4. Getöteten demonstrieren vor der weißrussischen Botschaft in Bischkek für die Auslieferung Bakijews an Kirgistan.
	Bakijew erklärt auf einer Pressekonferenz in Minsk, dass sein Rücktrittserklärung nicht den vorgeschriebenen Normen entspreche und er sie daher für ungültig halte, aber derzeit nicht beabsichtige, nach Kirgistan zurückzukehren.

Zusammengestellt nach Meldungen der Nachrichtenagentur fergana.ru sowie russischen und kirgisischen websites.

Die Mitglieder der Übergangsregierung

Stand: 29.4.2010

Amtierende Regierungschefin:	Rosa Otunbajewa
Amtierender 1. Stellvertreter:	Almasbek Atambajew
Amtierender Stellvertreter:	Temir Sarijew
Amtierender Stellvertreter:	Omurbek Tekebajew
Amtierender Innenminister:	Bakyt Alynbekow
Amtierender Außenminister:	Ruslan Kasakbajew
Amtierender Verteidigungsminister:	Ismail Isakow
Amtierender Finanzminister:	Temir Sarijew
Amtierender Energieminister:	Osmonbek Artykbajew
Amtierende Gesundheitsministerin:	Damira Nijasaliejwa
Amtierender Notstandsminister:	Duischonkul Tschotonow
Amtierender Landwirtschaftsminister:	Kubat Kaseinow
Amtierender Kulturminister:	Ryskeldi Mombekow
Amtierender Minister für Transport und Kommunikation:	Erkinbek Isakow
Amtierender Minister für Ressourcen und Staatseigentum:	Scherali Abdylidajew
Amtierender Minister für Wirtschaftsregulierung:	Emil Umetalijew

Bislang nicht neu besetzt wurde offenbar der Posten des Ministers für Arbeit und Migration. Neu geschaffen, aber noch nicht besetzt, wurde ein Jugendministerium.

Amtierender Vorsitzender des Obersten Gerichts:	Kubanytschbek Mombekow
Amtierender Generalstaatsanwalt:	Baitemir Ibrajew
Amtierender Chef des nationalen Sicherheitsdienstes:	Keneschbek Duschebajew

Pressestimmen aus Zentralasien

Bakijew wurde gegen Habgier geimpft

Portal Respublika, Almaty, Kasachstan, 12.04.2010,

<http://www.respublika-kaz.info/news/politics/8482/>

Von Sergej Duwanow

Was ist eigentlich in Kirgistan am 6. und 7. April passiert? Im Kern der Sache handelt es sich um eine zweite Impfung gegen den Autoritarismus. Die erste haben die Kirgisen ihrer Obrigkeit im März 2005 verabreicht. Es hat nicht angeschlagen, es entstand keine Immunität – der amtierende Präsident ist erneut »an der Macht erkrankt«. Er begann, sich ihrer zu bemächtigen und sich gleichzeitig mit der Machtkonzentration die eigene Tasche und die seiner Verwandten vollzustopfen. Die Impfung musste wiederholt werden.

Die zweite Injektion gegen die Gier der Herrschenden hat das politische System Kirgistans im März 2010 erhalten. Am Vorabend der Ereignisse hat die Opposition, gestützt durch breite Kreise der Öffentlichkeit des Landes, die mit dem von Präsident Bakijew verfolgten politischen Kurs unzufrieden war, den Machthabern ihre Forderungen präsentiert. Doch anstelle eines politischen Dialogs haben die Herrschenden ihren Kurs fortgesetzt, Oppositionelle verfolgt, die Massenmedien schikaniert und die Rechte und Freiheiten der Bürger beschränkt.

Und da gingen die entrüsteten Bürger protestierend auf die Straße. Der Präsident aber hat die Polizei und Sonderseinheiten gegen sie entsandt. Im Laufe der Konfrontation wurde den Scharfschützen Befehl erteilt, gegen die Kontamination vorzugehen und zu schießen. Das Ergebnis war, dass mehrere Dutzend Menschen getötet worden sind. Das hat das Fass der Geduld des Volkes zum Überlaufen gebracht: die Menschen begannen sich zu bewaffnen, indem sie Polizisten und Militärs die Waffen abnahmen. Die Waffen, die auf die Bürger gerichtet waren, haben sich gegen diejenigen gekehrt, die sie zuerst eingesetzt haben. In der Folge ist in Kirgistan das zweite politische Regime gestürzt, das sich eingebildet hatte, dass man die Meinung des Volkes ignorieren kann.

All das ist sowohl konsequent, als auch bezeichnend.

[...]

Der Dilettantismus Bakijews und seiner Mannschaft setzt in Erstaunen, sie haben die Lektion seines Vorgängers nicht gelernt und sind ganz genau seinen Spuren gefolgt, den selben Weg der Ausplünderung gegangen. Es geschieht ihnen recht!

Was gerade in Kirgistan passiert ist — das ist die Korrektur eines Fehlers, den man im Jahre 2005 begangen hat. Es ist wahr, dass es jetzt noch zu früh ist, davon zu sprechen, dass die historische Gerechtigkeit triumphiert hat — das wird die Zukunft zeigen. Aber dass die Kirgisen sich des Fehlers, den sie begangen hatten, bewusst geworden sind und in sich die Kraft gefunden haben, sich an seine Korrektur zu machen, ist schon viel wert.

[...]

Die Tatsache, dass Blut geflossen ist, dass Menschen umgekommen sind, — ist ein schwerwiegendes Argument in den Händen jener, die die Revolution verurteilen. 70 Menschen — das ist ein schwerer Vorwurf. Doch dieser Vorwurf sollte ausschließlich an Bakijew adressiert werden. Er hat sich geweigert, einen Dialog mit der Opposition zu beginnen, er hat Polizeikräfte eingesetzt, um friedliche Demonstrationen auseinander zu knüppeln, er hat den Scharfschützen Befehl erteilt, das Feuer zu eröffnen. Die Opfer dieser Revolution haben allein die Herrschenden auf dem Gewissen.

Übrigens, vor fünf Jahren ist eine ebensolche Revolution ohne Opfer ausgekommen. Warum? Weil die damaligen Machthaber nicht riskiert haben, ihr eigenes Volk zusammenzuschießen.

[...]

Plünderungen, Verwundete und sogar Tote sind bei politischen Aufständen unvermeidlich, aber das passiert nur, wenn eine der beiden Seiten die Regeln der Humanität und der Legitimität der Mittel und die Prinzipien der politischen Verhältnismäßigkeit verletzt. Und das ist kein Argument, Aufstände gegen Tyrannei und Unterdrückung überhaupt zu verbieten. Das Verbot soll nur Verletzungen der Rechtsordnung von Seiten derer, die an diesem Prozess teilhaben, betreffen. Die Beachtung der Gesetze, in erster Linie von Seiten der Herrschenden, ist eine Grundvoraussetzung, damit es nicht zu Blutvergießen, Toten und Plünderungen kommt.

Und noch ein letztes. Kirgistan hat ebenso wie Georgien und die Ukraine die Chance bekommen, einen Sprung aus dem autoritären Chaos in eine demokratische Ordnung zu machen. Man kann nur hoffen, dass die Kirgisen uns allen demonstrieren werden, dass ein kleines, aber freiheitsliebendes Volk nach den Gesetzen der zivilisierten Welt leben kann. Entgegen den abgedroschenen Sprüchen von der orientalischen Mentalität, dem Festhalten an Traditionen von gestern, der angeblichen Unfähigkeit, sein Leben ohne die blinde Anbetung politischer Götzen zu organisieren.

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Der Blick von außen

Portal Asia-Plus, 16.04.2010

<http://www.asiaplus.tj/articles/99/4721.html>

Von Radschab Mirzo

[...]

»In Tadschikistan ist auch nicht alles gut«

Wie können die kirgisischen Ereignisse die gesellschaftliche und politische Situation in Tadschikistan beeinflussen?

– In jedem Staat der Region leben Menschen, die mit ihren Regierungen und der bestehenden Ordnung nicht zufrieden sind, und sie können in jedem beliebigen Augenblick dem Beispiel der kirgisischen Oppositionellen folgen, – meint der Leiter des Apparats der regierenden Volksdemokratischen Partei Tadschikistans, Muso Asosoda.

Dabei verneint Asosoda kategorisch, dass eine solche Situation in Tadschikistan entstehen könnte.

– Natürlich bedeutet das nicht, dass in Tadschikistan alles gut ist und dass es hier keine Probleme gibt, – betont er, – Probleme haben wir, aber sie sind nicht so gravierend, dass die Unzufriedenen es auf einen Machtwechsel ankommen lassen würden.

– Revolutionen und Umstürze ereignen sich in Ländern, in denen die Wirtschaft schwach ist und es viele soziale Probleme gibt, – meint der stellvertretende Direktor des Zentrums für strategische Forschungen beim Präsidenten der RT [Republik Tadschikistan], Sajfullo Safarow. – Nach solchen Ereignissen können in einigen Staaten Kräfte erwachen, die auf genau diese Art und Weise einen Machtwechsel in ihren Ländern herbeiführen wollen. Die Bevölkerung der Länder der Region könnte jetzt denken, wenn das in Kirgistan so glimpflich abgelaufen ist, warum sollten wir das dann nicht auch bei uns machen?

S. Safarow hebt hervor, dass die Ereignisse im benachbarten Kirgistan ein schlechtes Beispiel geben und die Herrschenden in Tadschikistan alles tun sollten, um die Situation nicht derart eskalieren zu lassen.

Nach Ansicht des bekannten tadschikischen religiösen Führers Hodscha Akbar Turadschonzoda gibt es auch für die Führung Tadschikistans etwas zu bedenken:

– Die Herrschenden müssen unbedingt enge Kontakte mit den Führern der verschiedenen politischen Bewegungen des Landes aufnehmen, sie müssen versuchen ihnen zuzuhören und sie sollten verstärkt ihr Augenmerk auf die Durchführung ehrlicher und transparenter Wahlen lenken, um solche Ereignisse zu vermeiden. Allerdings wird die tadschikische Gesellschaft, die die Schrecken des Bürgerkriegs gesehen hat, im Namen von Frieden und Ruhe im Lande schweigen, soweit das möglich ist ...

Im Interview mit Radio »Ozodi« [Freiheit] fügte Herr Turadschonzoda hinzu, dass die heutigen Führer der Länder Zentralasiens denken, dass sich die Situation in ihren Ländern gewaltig von der in Kirgistan unterscheidet, »aber dem ist nicht so«.

– Alle pseudodemokratischen Länder, in denen auf lokalen Seilschaften basierende Politik und Korruption an erster Stelle stehen, haben ebensolche Folgen zu erwarten, – meint der Politologe Dawlat Usmon.

Dem stimmt auch der Vorsitzende der PIWT [Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans], Muchiddin Kabiri, zu:

– Wenn einige Führer Zentralasiens ihre Ansichten nicht ändern, erwartet sie dasselbe Schicksal wie Bakijew und Akajew, – sagt er. Die jüngsten Ereignisse sollten jedem Führer der Länder Zentralasiens eine Lehre sein.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Bischkeker Lehren für Zentralasien

Die Ereignisse in Kirgistan haben erneut gezeigt, dass die Staaten dieser Region enger zusammenarbeiten sollten, statt abzuwarten, bis die Probleme der Nachbarn sich von selbst lösen

Delowaja Nedelja, Almaty, Kasachstan, 16.04.2010

<http://www.dn.kz/main/econom01.htm>

Von Jurij Sigow

Die Tragödie in Kirgistan, in deren Folge zum zweiten Mal innerhalb von fünf Jahren Chaos und Anarchie im Lande herrschten und das Leben von Hunderttausenden von Menschen vollständig paralytisch war, wurde gleichsam zu einer »großen Offenbarung« und zu einer Überraschung sogar für allwissende Weltpolitiker. Besonders seltsam war es, solche und ähnliche Worte von den Führern einer Reihe postsowjetischer Staaten zu vernehmen, die sich, sei es mit der letzten, der vorletzten oder der künftigen Führung dieser Republik mehrmals im Jahr getroffen haben und die politische und wirtschaftliche Lage dort haargenau kennen und dementsprechend sehr gut verstehen, wohin eine solche Lösung des Knotens führen kann.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Situation als solche in Kirgistan noch lange in einem Schwebestadium bleiben wird, denn wie die alte, so ist auch die neue Führung im Lande sehr schwach. Sie genießt nicht die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung, und auch die kirgisischen Politiker, die erneut aus den Reihen der Besitzenden und allen nur zu Bekannten stammen, werden kaum in der Lage sein, das »Staatsschiff« dieses Fünf-Millionen-Volkes weise und sicher aus dem blutigen Strudel des Chaos vom April herauszusteuern.

Gleichzeitig stellt die Situation in Kirgistan bloß ein besonders deutliches Abbild der ganzen, sei es staatlichen, sei es moralischen, Wirklichkeit dar, die sich in Zentralasien herausgebildet hat. Und davon, wie rasch die Führungen der an Kirgistan grenzenden Länder (und zwar gerade dieser Länder) die Lehren aus den anarchischen Zuständen in Bischkek analysieren, wird auch sehr stark ihr eigenes Schicksal und das der ihnen anvertrauten Völker abhängen.

Diese Lehren werden weniger aus den Fernsehbildern von strafflos ausgehenden Plünderern und Dieben, welche die Gelegenheit, die ihnen der Machtwechsel bot, zur Bereicherung genutzt haben, deutlich und einsichtig. Wichtig ist vielmehr die Einschätzung, welchen Platz die Länder Zentralasiens in allen »multisektoralen Zusammentreffen« und Versuchen einnehmen (nachdem sie ihre eigene Bevölkerung stranguliert haben), »strategische Patience« mit allen zu spielen, die dafür versprechen, heimlich Moneten rüberzuschieben.

[...]

Mit Sicherheit waren sowohl die Präsidenten der Länder Zentralasiens wie auch die Führung eben jenes Russlands aufs Beste darüber informiert, was der Präsident Kirgistans in seinem eigenen Staat tut, wie er mit welchen Methoden regiert, wem aus seiner Sippe er die fettsten Brocken an Eigentum zuteilt und auf welche Weise er mit der übrigen, mit ihm nicht in verwandtschaftlichen Beziehungen stehenden Bevölkerung »interagiert«. Sowohl im Rahmen der GUS wie der CSTO und der SCO, denen Kirgistan angehört, ist die Politik, auf mehreren Stühlen zu sitzen (Bakijew hat sich, nach allem zu urteilen, auf keinem wohl gefühlt), offensichtlich nicht zum Bestandteil der allgemeinen Strategie der Beziehungen der Mitgliedstaaten geworden. Außerdem war all den Führungspersonen, (China bildet in dieser Aufzählung keine Ausnahme), sehr gut bekannt, was für eine Innenpolitik der Führer Kirgistans betreibt, was er im letzten Jahr für »Wahlen« veranstaltet hat und wie sehr er die Bevölkerung der ihm anvertrauten Republik pauperisiert hat, nachdem die Verwandten des Präsidenten alle Schlüsselbereiche der Volkswirtschaft »unter ihre Fuchtel« gebracht hatten.

Aber etwas ist doch bezeichnend: Niemand von ihnen hat in Gegenwart von Herrn Bakijew die Frage aufgeworfen, dass, wenn er auch künftig so handeln wird, seine eigenen Bürger ihm den Kopf abmontieren werden und nicht

mythische islamische Terroristen oder radikale Elemente, die etwa aus Afghanistan einzusickern beabsichtigen. Das heißt, vielleicht hat man auf den Fluren verschiedener Gipfeltreffen und Sitzungen auch diskret darauf angespielt – aber mehr auch nicht.

Folglich gehen das Chaos und die gesetzlosen Zustände, die dieser Tage Kirgistan überrollt haben, direkt und ohne Ausnahme sowohl die Führer in Zentralasien als auch die Leitung der CSTO und der SCO etwas an. Denn die stillschweigende Zustimmung zu dem, was einer deiner Kollegen zu Hause (oder bei einer »Ausfahrt«) tut, ist der direkte Weg zur potentiellen Wiederholung einer solchen chaotischen Situation in deinem eigenen Land.

[...]

Welchen Weg Kirgistan weiterhin einschlagen wird – diese Frage stellt sich nicht nur dem Volk und den Führern dieser Republik. Das ist ein äußerst wichtiges Problem für alle Länder dieser Region, denn sie müssen alle früher oder später – abhängig von der Langlebigkeit der Personen an der Spitze der Staaten – eine Antwort darauf finden.

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Pressestimmen aus Russland

Ein gewöhnliches Businessprojekt

Die Ereignisse in Bischkek haben nichts mit einer Revolution zu tun

Nesawisimaja Gaseta, 9.4.2010

http://www.ng.ru/cis/2010-04-09/6_bishkek.html

Die Zusammenstöße zwischen Anhängern von Oppositionspolitikern und Sicherheitsorganen, die zu Todesopfern und Pogromen geführt haben, wurden zu einem Abbild des Kampfes unterschiedlicher Businessgruppen. Wie es häufig vorkommt, begann Kurmanbek Bakijew, nachdem er an die Macht gelangt war, Schlüsselpositionen mit seinen Anhängern zu besetzen, und drängte seine bisherigen Verbündeten ins zweite Glied zurück oder vertrieb sie von der Macht.

Im Grunde haben die Ereignisse in Kirgistan ein weiteres Mal das Fehlen eines stabilen politischen Systems demonstriert und gezeigt, dass die Politiker kein verantwortliches Verhältnis zur Macht haben. Wenn ihnen die Macht zufällt, so betrachten sie das schon ganz offen als eine Art Businessprojekt, das phantastische Einkünfte verspricht, aber auch, wie die Ereignisse zeigen, mit gewaltigen Risiken behaftet ist.

Man kann nicht sagen, dass die Ereignisse vom April aus dem Nichts heraus entstanden sind. Das konsequente Anziehen der Daumenschrauben durch die früheren Machthaber, die Umverteilung von Eigentum, die manchmal schon an Enteignung erinnerte, und die Verarmung der Bevölkerung schufen einen Nährboden für die oppositionellen Kräfte.

[...]

Faktisch ist eine Massenkundgebung der Bevölkerung in Aufruhr und Plünderungen ausgeartet, die stellenweise in Pogrome übergingen. Aber es ist eine Sache, Autos anzuzünden und Läden zu plündern, und eine ganz andere, legitime Machtorgane zu bilden. »Die Regierung des Volksvertrauens«, wie sie durch die Oppositionellen von gestern gebildet wurde, ist kein legitimes Organ. Das bedeutet, dass die Bildung legitimer Machtorgane aufs Neue die vorrangigste Aufgabe ist, die viele Wirtschaftsfragen auf die Zukunft verschiebt.

[...]

Praktisch alle Oppositionsführer sind irgendwann einmal schon an der Macht gewesen, ohne reale Schritte zur Förderung der Interessen des Staates und der Verbesserung der Lebensbedingungen zu ergreifen. Die Handlungen der derzeitigen Oppositionellen in der Zeit, als sie sich an der Macht befanden, liefen auf das Erzielen persönlicher Vorteile und das Erlangen materieller Güter hinaus. Die Macht als solche wurde von ihnen als Möglichkeit der persönlichen Bereicherung und der Teilhabe an der Umverteilung von Eigentum betrachtet. Der Übertritt in die Opposition erfolgte in der Regel nach ihrer Demission wegen Unfähigkeit oder Konflikten innerhalb der Machtstrukturen.

[...]

Die Ereignisse in Kirgistan haben nichts gemein mit einer »Revolution«, als die die Oppositionellen diese Ereignisse zu präsentieren versuchen. Die Hauptsache für sie ist der Zugang zu den Schalthebeln der Macht und die Kontrolle über die attraktivsten Sektoren der kirgischen Wirtschaft. Alles Übrige ist nichts weiter als ein hübsches Bild für interne und externe Beobachter.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Ein postsowjetisches Geburtstrauma

Die stürmischen Ereignisse in Kirgisien geben Anlass, erneut über jenes Phänomen auf der politischen Weltkarte nachzudenken, das die »Länder der früheren UdSSR« genannt wird

Nowaja Gaseta, No 38, 12.4.2010

<http://www.nowaygazeta.ru/data/2010/038/13.html>

Von Kirill Rogow

[...]

Auf der anderen Seite wird [...] immer offensichtlicher, dass die politische Entwicklung der Länder der früheren UdSSR durch eine Art gemeinsames »Geburtstrauma« belastet ist. Ihnen allen ist eine gewisse Unfertigkeit, ja, Unvollkommenheit eigen. Ungeachtet der Unterschiede in der politischen Umgebung, der kulturellen Muster und des Grades an Freiheit oder Unfreiheit und anderer Variationen der politischen Architektur ist offensichtlich, dass all diese Länder vergeblich versuchen ein gewisses, im Grunde identisches, Problem zu lösen. Auf dem einen Flügel haben wir die in ihrem äußeren Design völlig demokratischen Länder Moldawien und Ukraine, wo die Macht den Wahlergebnissen entsprechend wechselt. Auf dem anderen Flügel haben wir einen fast vollständig ausgeprägten Sultanismus in Aserbaidschan und Turkmenien, und die klassische Diktatur einer Person in Belarus. Aber auch die ukrainische Demokratie und die weißrussische Diktatur haben auf gewisse Weise sehr viel gemeinsam. [...]

Die Lehre aus den beiden kirgisischen Revolutionen besteht wahrscheinlich vor allem darin, dass sie zeigen, wie gefährlich das Fehlen von Institutionen unter den Bedingungen des ad hoc und erst kürzlich geschaffenen Autoritarismus sein kann. Auf der einen Seite ist die Opposition in die Ecke verbannt, ohne Ressourcen und systemimmanente Einflussmöglichkeiten. Sie ist isoliert, aber dennoch bleibt das Regime als solches in Wirklichkeit sehr schwach. Die Mechanismen seiner Legitimation sind fiktiv und haben nur dekorativen Charakter. Einfacher gesagt, alle wissen, dass Wahlen Fälschung und Betrug bedeuten, und dass die schönen Worte und die Regierungsprogramme nur ein Deckmantel für Umverteilung von Eigentum sind. Dieses allgemeine Verständnis wirkt zeitweilig wie »Schlaf« oder Passivität. Im kritischen Moment aber wird deutlich, dass die Stützen des Regimes – die Bürokratie und die Sicherheitskräfte – ganz genauso Loyalität imitieren wie die Machthaber Legitimität. Und eines schönen Tages bricht alles wie ein Kartenhaus zusammen und niemand ist da, um die Macht zu ergreifen, niemand, um die Menge zu lenken. Sie haben sich sehr darum bemüht, dass sich keine bekannten und fähigen Oppositionsführer an die Spitze der spontanen Unzufriedenheit stellen? Dann werden Sie die Quittung bekommen – dort werden Unbekannte auftreten. Sie haben sich große Mühe gegeben, die legalen Kanäle für Protestaktionen zu sperren? Dann werden sie mit illegalen Aktionen konfrontiert werden. Und die eingescherte politische Landschaft verwandelt sich über Nacht in eine eingescherte Stadt.

Aber worin besteht dieses gemeinsame Problem, dieses »Geburtstrauma«? Sicherlich ist dies vor allem ein Problem des Eigentums. Sie können alle besseren Aktiva einem Staatsunternehmen übertragen und zu ihrer Verwaltung ihren Schwiegervater oder Neffen, einen Kommilitonen oder ihren Datschennachbarn bestimmen. Sie können das umgekehrt auch alles zu Privateigentum erklären und wiederum dem Bruder ihrer Frau, einem Freund aus der Kindheit oder einem alten Arbeitskollegen geben. Am Wesen der Sache ändert das nichts. Alle – sowohl die dubiose Straßenhändlerin als auch ihr eigener Minister – verstehen im Stillen die Sache auf gleiche Weise, nämlich dass Sie ein Raubkapitalist und Günstling sind. Und dass Sie nicht nur »alles kontrollieren« müssen, um sich zu halten, sondern dass

sie auch nicht weiter direkt Kontrolle ausüben, als ihre ausgestreckte Hand reicht. Denn jede Verkomplizierung der Kontrollmechanismen, jegliche Institutionalisierung scheint Ihnen absolut gefährlich.

Die Händlerin wie auch der Minister verstehen intuitiv, dass Sie alle auch nur irgendwie wichtigen Posten und Einkommensaktiva ausnahmslos ihren Verwandten und alten Freunden geben werden, die einzig Ihnen durch Ihren schwindelerregenden Aufstieg verpflichtet sind. Nicht, weil Sie mächtig sind, wie Caligula, und sich erlauben können, ein Pferd zum Senator zu ernennen, sondern im Gegenteil – weil Sie im Grunde ganz einfach niemand sonst mehr außerhalb der Grenzen dieses engen Zirkels von Parasiten und Nullen am Krückstock haben, auf den Sie sich stützen könnten.

In gewissem Sinne war die Bildung von autoritären Koalitionen in vielen Ländern der früheren UdSSR, welche den zaghaften demokratischen Aufbruch zu Beginn der 90er Jahre abgelöst haben, ein Versuch, aufs Neue die Frage zu lösen, die man in der ersten, demokratischen Phase nicht hatte lösen können – die Frage der Kontrolle des Eigentums. [...]

Man kann leicht feststellen, dass die Eliten in der Mehrzahl der von uns erörterten Länder – sowohl der demokratischen wie der autoritären – es vorziehen, in der Frage der Eigentumsrechte und der Kontrolle der Ressourcen ein hohes Maß an Vagheit zu konservieren [...]

Das Problem besteht nicht darin, dass die Satrapen und Eliten keine Spielregeln festlegen wollen, sondern darin, dass sie bereits nicht mehr in der Lage sind, das zu tun. Nicht nur die Eliten, sondern auch die Bevölkerungen der Länder des postsowjetischen Raums haben sich an unklar definierte Formen des politischen und wirtschaftlichen Systems gewöhnt und wissen nicht, welche Eigentumsform sie bereit sind, für legitim zu erachten. In der vergangenen Etappe war es für die Eliten nützlich, diese Unbestimmtheit zu unterstützen, um die Umverteilung fortzuführen. In der nächsten werden sie an dieser Unbestimmtheit ersticken und sich die Stirn an deren erkalteter Lava aufschlagen.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Revolution für die Schwachen

Iswestija, 12.4.2010

<http://www.izvestia.ru/comment/article3140716/>

Von Vitalij Iwanow, Direktor des Instituts für Politik und Staatsrecht, Mitglied der Öffentlichen Kammer [der Duma, Anm. d. Übers.].

Es ist üblich, die Probleme Kirgisiens mit seiner Armut und Rückständigkeit zu erklären. [...] Tatsächlich aber geht es überhaupt nicht um Armut und Rückständigkeit, wie die politische Praxis der Länder der »Dritten Welt« zeigt. Sondern es geht um das Vorhandensein bzw. Fehlen einer starken Regierung, buchstäblich eines starken Führers, der fähig wäre, mit eiserner Hand Ordnung herzustellen und aufrecht zu erhalten. Reichtum, insbesondere an Rohstoffen, ist hier eine gute Hilfe. Doch man kommt auch ohne aus.

Kirgisien hat wirklich Pech gehabt. Noch in spätsowjetischer Zeit geriet Askar Akajew, der aus dem akademischen Milieu stammt, beinahe zufällig in das höchste Amt der Republik. Erstaunlich ist nicht, dass dieser Funktionär an der Spitze Kirgistan stand (zu Zeiten Gorbatschows sind eben auch schlechtere Kader nach oben gelangt), sondern der Umstand, dass er sich sogar bis in das Jahr 2005 an der Macht halten konnte. Die Spezifik Zentralasiens verlangt objektiv nach einer Autokratie »mit Fäusten«. In Kasachstan, Usbekistan und Turkmenien gibt es damit kein Problem. In den Jahren 1991–1992 wurden die vormaligen Parteigouverneure zu souveränen »Sultanen«. [...] Das Leben, versteht sich, hat Akajew dazu gezwungen, sich darum zu bemühen. Und er hat sich bemüht. Aber ein »Sultan« ist aus ihm nicht geworden. Er war nicht aus jenem Holz geschnitzt. In jedem beliebigen zentralasiatischen Land tauchten und tauchen regelmäßig oppositionelle Führer auf, die Intrigen und Komplote anzetteln. In der Regel sind das ehemalige hohe Beamte und gleichzeitig Führer territorial verankerter Klans. Die »Sultane«, die ihre Macht verteidigen, bekämpfen diese, ohne Umstände, ohne Rücksicht auf andere zu nehmen. Akajew zog sich Oppositionelle heran, dann bekämpfte er sie. Aber er hat sie niemals endgültig ausgeschaltet, o weh. [...] Kurmanbek Bakijew, der frühere Premierminister und dann Oppositionspolitiker, stellte sich als der Schlaueste und vor allem Erfolgreichste

der »Nicht-Ausgeschalteten« heraus. Ursprünglich war er weder der unumstrittene Führer der Anti-Akajew-Bewegung noch ein sicherer Kandidat für das Präsidentenamt, doch gelang es ihm anfangs der »Erste unter Gleichen« und später einfach der »Erste« zu werden. Natürlich musste er alle früheren Weggefährten los werden und überhaupt das tun, was Akajew nicht getan hatte – die Republik reinigen. Bakijew hat sich an diese Aufgabe gemacht, es gelang ihm vieles. Aber ... 15 Jahre Herrschaft Akajews und die »Revolution« waren nicht spurlos vorüber gegangen. Irgendwie entwickelten sich die Missstände sozusagen zu einem irreparablen Zustand. Außerdem fehlte es auch Bakijew selbst häufig an Grausamkeit oder Hinterlist oder Intelligenz. Generell hat auch er seine Gegner nicht völlig ausgeschaltet und wurde ebenfalls kein »Sultan«.

Zugegeben, um Bakijew ist es nicht schade. Er hat Russland betrogen, allein die Geschichte mit der amerikanischen Militärbasis spricht Bände. Obwohl ich ihn auf der anderen Seite auch nicht vorschnell zu Grabe tragen würde. Irgendwie ist unter den Gegnern Bakijews bis jetzt keine wirklich starke Persönlichkeit erkennbar. Bald werden sie, wie üblich, untereinander zu streiten beginnen. In dieser Situation könnte sogar Kurmanbek Salijewitsch gewisse Chancen auf Revanche haben.

[...]

Und noch etwas. Eine interessante Gesetzmäßigkeit. Oder jedenfalls eine Koinzidenz. Alle drei Führer, die infolge der »Farbrevolutionen« der Jahre 2003–2005 an die Macht gelangt sind, erwiesen sich als nicht fähig, einigermaßen stabile Regime zu schaffen oder sogar ihre Nachfolge abzusichern.

[...]

Die »Revolutionen« fanden in schwachen Staaten statt, und sie haben sie, vorsichtig formuliert, nicht stabiler gemacht. Gut, dass so etwas bei uns nicht passieren kann.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Chronik

Vom 20. März bis 23. April 2010

Kasachstan

23.3.2010	Außenminister Kanat Saudabajew reist zu einem zweitägigen Staatsbesuch nach Japan. Auf dem Programm stehen Gespräche über die bilaterale Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen.
23.3.2010	Amnesty International fordert von der Regierung in einer Stellungnahme die Bekämpfung der weit verbreiteten Misshandlungen von Häftlingen durch die Polizei.
24.3.2010	Erneut werden mehrere Dörfer im Gebiet Almaty von Überschwemmungen bedroht, mehrere Hundert Menschen müssen evakuiert werden. Im Gebiet Ostkasachstan sind mehr als 6.000 Menschen betroffen, mehr als 1.000 Häuser überflutet, ca. 160 total zerstört.
24.3.2010	Das Hohe Gericht der britischen Virgin-Inseln lehnt die Klage der BTA Bank gegen ihren Ex-Chef Mughtar Abljasow wegen Betruges ab.
25.3.2010	Die japanischen Konzerne TEPCO und Marubeni sind am Ausbau der Zusammenarbeit mit Kazatomprom und der Erschließung neuer Uran-Lagerstätten interessiert, meldet KazTAG.
25.3.2010	Igor Lara, Korrespondent der oppositionellen Zeitung Swoboda Slowa wird in der Stadt Aktöbe zusammengeschlagen. Er hatte zuletzt über den Streik bei ÖsenMunayGaz Anfang des Monats berichtet.
26.3.2010	Dschamilija Dschakijewa, die Frau des zu 12 Jahren Haft verurteilten Ex-Kazatomprom-Chefs Mughtar Dschakijew, erklärt, dass dem Anwalt ihres Mannes die Einsicht in das Urteil verweigert werde, um die Berufung zu verzögern.
26.3.2010	Nach den ersten 100 Tagen des kasachstanischen OSZE-Vorsitzes zieht Außenminister Saudabajew eine positive Bilanz bisheriger Initiativen. Saudabajew führt in Moskau bilaterale Gespräche mit seinen Amtskollegen aus der Ukraine und Kirgistan.
26.3.2010	Aufgrund des jüngsten Streiks hatte ÖzenMunayGaz Ausfälle bei der Ölförderung von 27.600 t, heißt es in einer Stellungnahme des Unternehmens.
27.3.2010	Die Finanzpolizei reicht Klage gegen Karachaganak Petroleum Operating ein. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, illegal Öl im Wert von 104 Mrd. Tenge (ca. 697 Mio. US-Dollar) gefördert zu haben.
29.3.2010	Landwirtschaftsminister Akylbek Kurischbajew erklärt, dass, wie im Vorjahr, wieder 16,7 Mio ha Getreidekulturen gesät werden.
29.3.2010	Der slowakische Präsident Ivan Gasparovic trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in Astana ein.
29.3.2010	Außenminister Saudabajew reist zu bilateralen Gesprächen nach Belarus, in die Ukraine und nach Moldova.
29.3.2010	Die Al-Hilal Bank mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten meldet, dass sie kurz vor Abschluss der Lizenzverhandlungen sei. Als erste islamische Bank auf dem kasachstanischen Markt beabsichtigt sie nach eigenen Angaben in den nächsten vier Jahren ca. 1 Mrd. US-Dollar in Kasachstan zu investieren.
30.3.2010	Ex-BTA Bank-Chef Mughtar Abljasow veröffentlicht Dokumente, mit denen er beweisen will, dass Nasarabajews Schwiegersohn Timur Kulibajew Steuern hinterzogen hat.
30.3.2010	Die Alliance Bank gibt die Beendigung des Restrukturierung ihrer Schulden bekannt. Diese verringern sich damit von 4,5 Mrd. auf 1,08 Mrd. US-Dollar.
30.3.2010	Für die Erhöhung der Gehälter der 1,4 Mio. Staatsangestellten ab 1.4. werden fast 54 Mrd. Tenge (ca. 362 Mio. US-Dollar) aus dem Haushalt bereitgestellt, meldet Arbeitsministerin Gulschara Abdykalikowa.
31.3.2010	Kasachstan stellt Afghanistan als humanitäre Hilfe 100 Waggons Reis (ca. 6.000 t) zur Verfügung, meldet KazTAG.
31.3.2010	Der kasachische Nationalist und Schriftsteller Mughtar Schachanow soll nach Insiderinformationen als Botschafter nach Honduras geschickt werden.
1.4.2010	Außenminister Saudabajew spricht sich während seines Staatsbesuches in Moldova mit Blick auf die Verhandlungen im Transdnestrien-Konflikt für eine Beachtung der territorialen Integrität von Nationalstaaten aus.
1.4.2010	Landwirtschaftsminister Kurischbajew stellt ein Subventionsprogramm in Aussicht, dass zur Diversifikation der Anbaukulturen und der Steigerung der Getreidequalität beitragen soll.

1.4.2010	Der Chef der Getreide-Union Kasachstans, Nurlan Tleubajew, äußert auf einer Konferenz die Überzeugung, dass mit Subventionen für den Eisenbahnverkehr kasachstanische Weizenexporte im Ostsee- und Schwarzmeerraum konkurrenzfähig werden können.
2.4.2010	Die Überschwemmungsoffer im Gebiet Ostkasachstan erhalten Zelte, Decken, Kleidung, Lebensmittel und 5.000 Tenge (ca. 33 US-Dollar) pro Familienmitglied als Nothilfe vom Staat, erklärt Vize-Premierminister Umursak Schukejew.
2.4.2010	Präsident Nursultan Nasarbajew erklärt den Bau der Hauptstadt Astana für beendet und fordert nun eine stärkere Entwicklung von Kultureinrichtungen.
2.4.2010	Präsident Nasarbajew schlägt in einem Beitrag in der russischen Zeitung Iswestija die Gründung eines internationalen Kernforschungszentrums in Kasachstan vor.
5.4.2010	Premierminister Karim Massimow trifft zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Jordanien ein.
5.4.2010	Verteidigungsminister Adilbek Dschaksybekow diskutiert in Astana mit dem Chef des US Central Command, General David Petraeus, die bilaterale militärische Zusammenarbeit.
5.4.2010	Eine Delegation von Abgeordneten reist zur Sitzung der zwischenparlamentarischen Versammlung von GUS, EurasEC und CSTO nach Sankt Petersburg.
6.4.2010	Nach Angaben der Doppelspitze der fusionierten oppositionellen Sozialdemokratischen Partei »Asat« Bulat Abilow/Schamarchan Tujakbai, hat das Justizministerium die Neuregistrierung der Partei verweigert.
6.4.2010	Bei seiner ersten Reise durch die zentralasiatischen Republiken trifft UN-Generalsekretär Ban Ki Moon mit Präsident Nasarbajew zusammen. Ban fordert während eines Besuchs des ehemaligen Atom-Testgeländes Semipalatinsk die Atommächte auf, dem Beispiel Kasachstans zu folgen und freiwillig auf Kernwaffen zu verzichten.
6.4.2010	Premierminister Massimow erörtert bei einem offiziellen Besuch im Libanon mit der Staatsspitze die bilateralen Beziehungen.
6.4.2010	Ein Vertreter der Generalanwaltschaft erklärt, dass sieben Mitarbeiter des für Karachaganak verantwortlichen Betreiberkonsortiums wegen Verstößen gegen die Einreisegesetzgebung ausgewiesen werden.
7.4.2010	Der neue ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in Astana ein.
7.4.2010	Nach Angaben des Pressesekretärs des Geheimdienstes KNB werde die Grenze zu Kirgistan stärker als sonst überwacht, geöffnet sei sie nur für Kirgistaner und Kasachstaner, die in ihre Heimat zurückkehren wollen.
8.4.2010	Außenminister Saudabajew ernennt einen Sonderbeauftragten für Kirgistan, der in näherer Zukunft zu Gesprächen nach Bischkek reisen soll.
8.4.2010	Der georgische Ministerpräsident Nikolos Gilauri trifft zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Astana ein.
8.4.2010	Unter den Toten der Unruhen in Bischkek befindet sich auch mindestens ein Bürger Kasachstans, bestätigt ein Sprecher des Außenministeriums.
9.4.2010	Präsident Nasarbajew erörtert in Telefongesprächen mit seinen Amtskollegen in Russland, Dmitrij Medwedjew, und in der Türkei, Abdullah Gül, die Lage in Kirgistan.
9.4.2010	Der Chef der Finanzpolizei, Andrej Lukin, erklärt während einer Internetkonferenz, dass eine schnelle Bekämpfung von Korruption nicht möglich sei und glaubt deshalb nicht, dass seine Behörde in absehbarer Zeit geschlossen werde.
11.4.2010	Präsident Nasarbajew reist zu einem lange erwarteten Staatsbesuch in die USA. Es sind Gespräche mit seinem Amtskollegen Barak Obama, anderen Spitzenpolitikern und wichtigen Wirtschaftsvertretern vorgesehen.
12.4.2010	Nach Angaben der Übergangsregierung in Bischkek hält sich der ehemalige kirgisische Ministerpräsident Danijar Usenow in Almaty versteckt.
12.4.2010	Präsident Nasarbajew lädt während eines Treffens den US-Präsidenten zum geplanten OSZE-Gipfel im Oktober in Astana ein. Die Versorgung der amerikanischen Truppen in Afghanistan über kasachstanisches Territorium ist auch eines der Gesprächsthemen.
13.4.2010	Präsident Nasarbajew schlägt in seiner Rede auf dem Gipfel für nukleare Sicherheit in Washington die Gründung eines Zentrums gegen atomaren Terrorismus unter Ägide der UNO vor.
14.4.2010	Im Rahmen der Operation »Migrant« des Innenministeriums werden zahlreiche Verstöße gegen die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen festgestellt, 106 Ausländer werden ausgewiesen.

14.4.2010	Das Gymnasium Nr. 1 in Grosnij wird auf Anordnung des tschetschenischen Präsidenten, Ramsan Kadyrow, in Nursultan-Nasarbajew-Gymnasium umbenannt.
15.4.2010	Die Ausreise des ehemaligen kirgisischen Präsidenten Kurmanbek Bakijew nach Taras, Gebiet Schambyl, ist Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen der russischen, amerikanischen und kasachstanischen Führung, erklärt Außenminister Saudabajew.
15.4.2010	Für die Feierlichkeiten zum 65. Jahrestag des Sieges über Deutschland werden vom Verteidigungsministerium 10 Mrd. Tenge (ca. 67 Mio. US-Dollar) zur Verfügung gestellt, meldet KazTAG.
15.4.2010	Kasachstan führt eine Registrierungspflicht für Bürger aller GUS-Staaten ein, erklärt Außenamtssprecher Askar Abdrachmanow. Nach der Einreise müssen sich diese nun wie auch Bürger der EU-Staaten binnen fünf Tagen registrieren.
15.4.2010	Premierminister Massimow macht Regierungsdelegationen aus Israel, der Türkei und Frankreich mit den Plänen zur Innovation und Industrialisierung Kasachstans bekannt.
15.4.2010	In München stirbt der kasachische Schriftsteller, Journalist und ehemalige Direktor von Radio Azattyq, Hasan Oraltay, im Alter von 78 Jahren. Oraltay war einer der führenden Köpfe der kasachischen Diaspora.
16.4.2010	Generalstaatsanwalt Kairat Mami äußert sich nach der Veröffentlichung einer Studie des Bildungsministeriums über Gewalt an Schulen beunruhigt über die steigende Kriminalität unter Jugendlichen.
17.4.2010	Aus dem Gebiet Südkasachstan werden mehrere Erkrankungen mit dem Krim-Kongo-Fieber gemeldet, zwei Menschen sterben.
19.4.2010	Hinter verschlossenen Türen beginnen in der Versammlung des Volkes Kasachstans Beratungen über die von Präsident Nasarbajew vorgeschlagene Doktrin der nationalen Einheit.
19.4.2010	Das Außenministerium bestätigt, dass der ehemalige kirgisische Präsident Bakijew das Land mit unbekanntem Ziel verlassen hat.
19.4.2010	Der internationale Gerichtshof in Straßburg hat das Auslieferungsgesuch Kasachstans gegen Ex-BTA Bank-Chef Mughtar Abljasow wegen fehlender Objektivität des ihn in Kasachstan zu erwartenden Verfahrens abgelehnt.
20.4.2010	Die Chefin der kirgisischen Übergangsregierung, Rosa Otunbajewa, dankt auf einer Pressekonferenz nach einem Treffen mit Außenminister Saudabajew Astana für seine Unterstützung bei der Lösung des Konflikts in Kirgistan.
20.4.2010	Der stellvertretende Nationalbankchef Danijar Akischew erklärt, dass seit November 2009 auf dem Devisenmarkt 9 Mrd. US-Dollar aufgekauft wurden, um den Wechselkurs des Tenge stabil zu halten.
21.4.2010	Präsident Nasarbajew reist zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Südkorea. Neben bilateralen Gesprächen auf höchster Ebene wird er dort das dieses Jahr stattfindende Kasachstan-Jahr eröffnen.
23.4.2010	Nach Angaben des Chefs der Untersuchungsabteilung der Finanzpolizei, Nurlan Auganbajew, wurden im Zusammenhang mit Betrugsfällen im anteiligen Wohnungsbau bereits Eigentum von Bauunternehmern in Höhe von 5 Mrd. Tenge (ca. 33,6 Mio. US-Dollar) beschlagnahmt.

Kirgistan

(Eine ausführliche Chronik der Ereignisse finden Sie auf Seite 11–17)

20.3.2010	Präsident Kurmanbek Bakijew kündigt die Verlegung mehrerer Ministerien in das im Süden des Landes gelegene Osch an. Den Anfang sollte das Verteidigungsministerium machen.
22.3.2010	Präsident Bakijew kündigt eine Amnestie für in Haft befindliche Teilnehmer der »Tulpenrevolution« an.
22.3.2010	Der Eigentümer der beiden verbotenen oppositionellen Zeitungen (Atschik sajasat, Nasar) teilt mit, dass beide unter neuem Namen wieder erscheinen sollen.
23.3.2010	Der von der Regierung organisierte »Kurultai der Eintracht« wird von der Opposition boykottiert. Präsident Bakijew greift in seiner Eröffnungsrede die Opposition an, die ständige Kritik übe, ohne Alternativen zu nennen und äußert grundsätzliche Vorbehalte gegen demokratische Wahlen.
23.3.2010	Vor Beginn des Kurultai werden vor dem Versammlungsort Dutzende von Demonstranten festgenommen.
23.3.2010	Der Mufti von Kirgistan, Murataly Hadschi Dschumanow, fordert ein Verbot religiöser Gruppen, die den Traditionen des Volkes Kirgistans fremd sind.

24.3.2010	In seiner Abschlussrede auf dem Kurultai fordert Präsident Bakijew einen verstärkten Kampf gegen die Korruption und ruft zur Vorsicht im sensiblen Bereich der Außenpolitik – insbesondere dem Verhältnis zu Russland – auf.
25.3.2010	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das den Sicherheitsbehörden das Abhören von Telefongesprächen erlaubt.
25.3.2010	Finanzminister Marat Sultanow und die Managerin des Zentralasienprogrammes der KfW, Anke Phillips, unterzeichnen ein Abkommen, nach dem der kirgisischen Seite Schulden in Höhe von 5 Mio. Euro erlassen werden, wenn die kirgisische Regierung die Agentur für Entwicklung mit 45 % dieser Summe für ein Projekt zur ländlichen Infrastruktur ausstattet.
26.3.2010	Während der Debatte des Rechenschaftsberichtes der Regierung im Parlament erklärt Premierminister Danijar Usenow, dass es einen Preisnachlass für Energie in den Hochgebirgsregionen des Landes geben werde.
28.3.2010	Omurbek Tekebajew, der Vorsitzende der Partei Ata-Meken berichtet in einem Interview mit Ferghana.ru, dass er bei einem Gespräch mit kasachstanischen Untersuchungsbehörden auf einem Foto der des Mordes an dem kirgisischen Journalisten Gennadij Pawljuk Verdächtigten einen Offizier des kirgisischen Sicherheitsdienstes identifiziert habe.
28.3.2010	An der Grenze zu Usbekistan kommt bei einem Handgemenge ein Kirgise zu Tode, eine Person wird durch Schüsse verletzt, als sie die nichtlegale Einreise einer Verwandten gegenüber usbekischen Grenzschützern erzwingen wollen.
27.3.2010	Auf einer Konferenz in Duschanbe erklärt der Generalsekretär der CSTO, Nikolaj Bordjuscha, dass er keine Notwendigkeit für eine neue Militärbasis seiner Organisation in Kirgistan sehe.
29.3.2010	Präsident Bakijew empfängt Bordjuscha zu einem Arbeitsgespräch.
29.3.2010	Bei einem Treffen mit Bewohnern von Naryn kündigt Premierminister Usenow an, dass die Kohleminen in Kara-Ketsche und Usgen durch neue öffentlich-private Projekte weiterentwickelt werden sollen.
29.3.2010	Das Parlament beschließt die Umbenennung einer Reihe von Straßen in Bischkek nach Personen der kirgisischen Geschichte.
31.3.2010	Die Vereinigte Opposition kündigt Kurultais in allen Gebieten Kirgistans ab dem 7.4. an.
31.3.2010	Die Finanzpolizei leitet ein Verfahren wegen des Verkaufs von Eigentum entgegen staatlichen Interessen gegen die Staatsagentur für Tourismus ein. Anlass ist ein Verlust von 60.000 US-Dollar durch Verträge mit dem russophoben Fotokünstler Sergej Melnikoff (USA).
1.4.2010	Mehrere russische Ölunternehmen stellen wegen nicht geklärter Zollfragen ihre Lieferungen nach Kirgistan ein.
2.4.2010	Die Opposition wendet sich mit der Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, die Regierung Bakijew nicht mehr finanziell zu unterstützen.
2.4.2010	Bei einem Treffen mit Weltkriegsveteranen erklärt Präsident Bakijew unerwartet, dass die geplante zweite Stufe der Erhöhung der Energie- und Heizungspreise ausgesetzt werde.
3.4.2010	In Osch wird der Menschenrechtsaktivist Abdikaim Kangelidijew von Unbekannten zusammengeschlagen.
5.4.2010	UN-Generalsekretär Ban Ki Moon trifft zu Gesprächen mit Premierminister Usenow zusammen.
5.4.2010	Die Pressestelle von Kyrgyzgas teilt mit, dass die Schulden des Unternehmens für Gaslieferungen aus Usbekistan sich aktuell auf 470 Mio. Som (ca. 10,4 Mio. US-Dollar) belaufen. Die kirgisische Bevölkerung sei daran zu mehr als 50 % beteiligt.
6.4.2010	Nach der Verhaftung des Oppositionsführers Bolotbek Schernijasow eskalieren in Talas Demonstrationen gegen die Regierung. Es kommt zu Kämpfen zwischen Demonstranten und Miliz sowie eingeflogenen Sondertruppen. Regierungstruppen haben vorübergehend die Oberhand, es kommt zu Verhaftungen. Das Gebäude der Gebietsverwaltung wird nach der Eroberung durch die Demonstranten durch ein Feuer weitgehend zerstört.
7.4.2010	Aus Talas, Naryn und Tschui werden Unruhen und Demonstrationen gemeldet.
7.4.2010	Demonstranten stürmen trotz Schießbefehls das Weiße Haus in Bischkek und treiben Präsident Bakijew in die Flucht in den Süden des Landes. Bei den Kämpfen kommen über 70 Menschen zu Tode, viele werden verletzt.
7.4.2010	Die Opposition bildet eine Übergangsregierung unter Führung von Rosa Otunbajewa.
8.4.2010	Bakijew macht in einer Erklärung an die Bevölkerung und mehreren Interviews klar, dass er seinen Posten nicht freiwillig zu räumen gedenkt.
8.4.2010	Premierminister Usenow erklärt seinen Rücktritt.

8.4.2010	Die Interimsregierung entlässt neben anderen auch den Botschafter in Deutschland, Marat Bakijew.
12.4.2010	Der übergangsweise amtierende Generalstaatsanwalt gibt bekannt, dass Bakijews Sohn Maksim, sowie sein Bruder Dschanysch und der bisherige Verteidigungsminister Bakytbek Kalyjew zur Fahndung ausgeschrieben wurden.
13.4.2010	Bakijew tritt auf einer Großkundgebung seiner Anhänger in Dschalalabad auf und erklärt erneut, dass er rechtmäßiger Präsident sei und nicht zurücktreten werde.
14.4.2010	Aus Dschalalabad werden wachsende Spannungen zwischen Anhängern Bakijews und denen der Übergangsregierung gemeldet.
15.4.2010	Der bisherige Verteidigungsminister Bakytbek Kalyjew, dem u. a. der Schießbefehl am 7.4. angelastet wird, wird in der Nähe von Dschalalabad verhaftet.
15.4.2010	Bakijew verlässt das Land Richtung Kasachstan.
19.4.2010	In einem Dorf in der Nähe von Bischkek kommen bei gewalttätigen Ausschreitungen drei Menschen zu Tode, 25 werden verletzt.
19.4.2010	In Osch und Dschalalabad versammeln sich nach wie vor Anhänger Bakijews, protestieren gegen die Übergangsregierung und fordern die Rückkehr der Ex-Präsidenten.
19.4.2010	In Talas erzwingen Demonstranten die Besetzung des Postens des Bürgermeisters gegen den Kandidaten der Übergangsregierung.
20.4.2010	Bakijew trifft mit seiner Familie in Minsk ein.
20.4.2010	Das geplante Verfassungsreferendum wird auf den 27. Juni terminiert, die Parlaments- und Präsidentenwahlen sollen am 10. Oktober stattfinden.
21.4.2010	Bakijew zieht vor der Presse die Rechtmäßigkeit seiner eigenen Rücktrittserklärung in Zweifel.
23.4.2010	Der 2009 wegen des tödlichen Verkehrsunfalls, bei dem Medet Sadyrkulow, der ehemalige Chef der Administration des Präsidenten umgekommen war, verurteilte Omurbek Osmonow wird tot aufgefunden.
23.4.2010	Erst nachträglich wird bekannt, dass der Mullah von Kirgistan, Murataly Hadschi Dschumanow, entführt worden war. Die Polizei teilt mit, dass er sich am Vorabend selber habe befreien können.

Tadschikistan

22.3.2010	Das Außenministerium übergibt dem usbekischen Botschafter eine Protestnote gegen die Blockade von tadschikischem Frachtgut an der usbekischen Grenze, darunter Baumaterial für das zwischen beiden Staaten umstrittene Wasserkraftwerk Rogun.
24.3.2010	Premierminister Akil Akilow bittet auf einer Pressekonferenz im Hauptquartier der UN in New York um Unterstützung der Organisation bei der Beilegung des Konfliktes mit Usbekistan wegen des Baus des Rogun-Wasserkraftwerkes.
25.3.2010	Am Morgen beginnen die (indirekten) Wahlen für das Oberhaus des Parlamentes.
26.3.2010	Die usbekische Seite dementiert politische Gründe hinter der Blockade von Eisenbahnfracht an der Grenze und beginnt mit der Abwicklung.
26.3.2010	Der Führer der Partei der islamischen Wiedergeburt, Muhhidin Kabiri, versucht bei Gesprächen in Berlin, die deutsche politische Öffentlichkeit auf Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen aufmerksam zu machen.
27.3.2010	Präsident Emomali Rachmon trifft zu einem Arbeitsbesuch anlässlich der Feierlichkeiten des persischen Neujahrsfestes in Iran ein. Bei seinen Gesprächen soll es vor allem um Zusammenarbeit im Militär- und Energiebereich gehen.
28.3.2010	Alle Flugverbindungen von Moskau nach Tadschikistan sind ohne Angaben von Gründen unterbrochen.
29.3.2010	Als Reaktion auf die usbekische Blockade von Güterzügen wird in Duschanbe über die Errichtung einer neuen Bahnlinie durch afghanisches Territorium spekuliert.
30.3.2010	Präsident Rachmon trifft zu einem fünftägigen Staatsbesuch in Singapur ein.
30.3.2010	Die Namen der acht vom Präsidenten direkt ernannten neuen Mitglieder des Oberhauses werden bekannt gegeben.

30.3.2010	Bei den beiden Anschlägen auf die Moskauer Metro wurden drei tadschikische Staatsbürger getötet, ein weiterer verletzt.
30.3.2010	»Großvater Salmon«, legendärer Kommandeur der Volksfront, die Präsident Rachmon 1992 an die Macht gebracht hat, stirbt im Alter von 84 Jahren.
5.4.2010	Nach Angaben des statistischen Komitees der GUS lag die Inflationsrate in Tadschikistan in den ersten beiden Monaten des Jahres bei 5,4 %. Der GUS-Durchschnitt betrug 8 %.
6.4.2010	Präsident Rachmon empfängt in Duschanbe UN-Generalsekretär Ban Ki Moon.
6.4.2010	Im ersten Quartal 2010 wurden acht kleine Wasserkraftwerke in abgelegenen Gebieten errichtet, teilt das Ministerium für Energie und Industrie mit.
6.4.2010	Der Verkauf der DVD »Nascha Russia. Jaiza sudjby« (Unser Russia. Schicksalseier) wird in Tadschikistan verboten, weil der Film tadschikische Arbeitsmigranten in Russland verunglimpfe.
12.4.2010	Präsident Rachmon erörtert bei einem Treffen mit dem Chef des IMF in Tadschikistan, Axel Schimmelpfening, die aktuellen Energieprojekte des Landes.
12.4.2010	Das Unterhaus des Parlamentes bildet eine neue Kommission für Umweltfragen.
12.4.2010	Die Nachrichtenagentur Regnum meldet, dass die Gasgesellschaften Usbekistans und Tadschikistans ihren seit Monaten währenden Streit beigelegt hätten.
13.4.2010	Die Regierung fasst den Beschluss, die aktive Werbung für die Finanzierung des Baus des Rogun-Wasserkraftwerkes einzustellen.
13.4.2010	Die tadschikischen Behörden teilen mit, dass der kirgisische Menschenrechtsaktivist Nematillo Botakosujew sich tatsächlich in Tadschikistan aufhalte. Kirgistan habe bereits seine Auslieferung beantragt.
13.4.2010	Durch die Blockade von Güterwagen an der usbekischen Grenze wird sich die Fertigstellung des Sangtuda-2-Wasserkraftwerkes um mehr als zwei Monate verzögern, teilt der Chef der am Bau beteiligten iranischen Unternehmens Sangob mit.
13.4.2010	Die Herausgeber der drei unabhängigen Wochenzeitungen Asia-Plus, Farazah und Ozodagon teilen auf einer Pressekonferenz mit, dass es bei der Anhörung ihres Falles zu erheblichen Rechtsverletzungen gekommen sei.
15.4.2010	In Chudschand wird ein Büro der EBRD offiziell eröffnet.
18.4.2010	Interfax meldet, dass bei einem Brandanschlag auf ein Moskauer Gastarbeiterwohnheim drei Tadschiken verletzt wurden.
19.4.2010	Der stellvertretende Außenminister Abdullo Juldoschew erklärt auf einer Pressekonferenz in Duschanbe, dass die Beziehungen zu Russland völlig problemlos seien.
19.4.2010	Olimdschon Salimsoda, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der unteren Kammer des Parlamentes erklärt in einem Interview mit ferghana.ru, dass die usbekische Blockade von Güterwaggons sein Land zwingen, sich an internationale Gerichte zu wenden.
19.4.2010	Chursandkul Sikirow, Vorsitzender des Komitees für Umweltschutz, erklärt vor Journalisten, dass die neuesten usbekischen Bedenken bezüglich der Emissionen des grenznahen Aluminiumwerkes TALCO in Tursun-sade nicht zuträfen. Die von grenznahen usbekischen Betrieben ausgehenden Belastungen für Tadschikistan seien erheblich höher.
20.4.2010	Der Gouverneur des Gebietes Sogd fordert die Demarkation der Grenze zu Kirgistan zur Konfliktvermeidung, nachdem kirgisische Grenzer Anfang des Monats Häuser in der tadschikischen Enklave Woruch zerstört hatten und daraufhin von tadschikischen Sicherheitskräften verhaftet worden waren.
21.4.2010	Die Pressestelle des Wasserkraftwerkes Sangtuda-1 meldet, dass das Werk im ersten Vierteljahr 2010 555 Mio. kWh Strom produziert habe und damit 18 % mehr, als geplant.
21.4.2010	Im Chudschand wird ein Strafverfahren gegen zwei Mitarbeiter der Abteilung zum Kampf gegen organisierte Kriminalität des Innenministeriums erhoben, nachdem ein von ihnen festgenommener russischer Staatsbürger zwei Tage zuvor während eines Verhörs durch einen epileptischen Anfall gestorben war.
22.4.2010	Nach Angaben des Finanzministeriums hat der Verkauf von Anteilen der für den Bau des Rogun-Wasserkraftwerkes gegründeten Gesellschaft bis zum 20.4. ca. 813,7 Mio. Somoni (mehr als 186 Mio. US-Dollar) erbracht.
22.4.2010	Im Norden Tadschikistans beginnt eine Großübung der Schnellen Eingreiftruppe der CSTO.

22.4.2010	Nach Angaben des World Food Programmes hat sich die Ernährungssicherheitslage in Tadschikistan in den ersten drei Monaten 2010 wegen Preiserhöhungen und der Zahlungen für das Rogun-Wasserkraftwerk leicht verschlechtert.
23.4.2010	Mahmadsaid Ubaidullojew wird bei der ersten Sitzung des Oberhauses des Parlamentes wieder zum Sprecher gewählt.

Turkmenistan

20.3.2010	Usbekistan und Turkmenistan nehmen einen Gefangenen austausch vor.
22.3.2010	Die US-Generalstaatsanwaltschaft legt ihren Abschlußbericht der Untersuchungen gegen den Daimler-Konzern vor. Daimler soll zwischen 1998 und 2000 mehrere Dutzend Mio. US-Dollar an Politiker in 22 Staaten, darunter Turkmenistan, gezahlt haben.
27.3.2010	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow reist zu den offiziellen Feierlichkeiten zum persischen Neujahr, Novruz, nach Teheran.
31.3.2010	Der französische Baukonzern Bouygues weitet seine Investitionen in Turkmenistan aus, meldet Gündogar.
1.4.2010	Im ganzen Land werden 140 Bibliotheken wieder eröffnet, die während der Amtszeit von Ex-Präsident Saparmurat Nijasow geschlossen worden waren.
2.4.2010	UN-Generalsekretär Ban Ki Moon fordert bei einem offiziellen Besuch in Aschchabad Präsident Berdymuchammedow zur Einhaltung seiner Verpflichtungen im Bereich Menschenrechte auf.
6.4.2010	Eine Delegation der Financial Action Task Force on Money Laundering unter Vorsitz des stellvertretenden US-Finanzministers, Daniel Glazer, trifft zu einer Untersuchung in Aschchabad ein.
9.4.2010	Präsident Berdymuchammedow nimmt bei einer erweiterten Kabinettsitzung umfangreiche Umbesetzungen der Regierung und hoher Verwaltungsposten vor.
15.4.2010	Vize-Premierminister Bajmurad Chodschamuchammedow korrigiert die Angaben über Gasreserven der Lagerstätte Juschnyj Jolotan von offiziell geschätzten 4–14 Trillionen auf 16 Trillionen m ³ .
12.4.2010	Die Organisation »Ärzte ohne Grenzen« stellt in Berlin und Moskau einen Bericht über die beklagenswerte Lage des turkmenischen Gesundheitssystems vor. Das Außenministerium bezeichnet die darin gemachten Angaben als Provokation.
16.4.2010	Nach ferghana.ru vorliegenden Angaben wurden nach Veröffentlichung des Berichtes von »Ärzte ohne Grenzen« in Turkmenistan Vertreter von zivilgesellschaftlichen Gruppen verfolgt.
16.4.2010	Präsident Berdymuchammedow unterschreibt eine Erklärung, die verschiedenen medizinischen Zentren Aschchabads, die sich u. a. gegen die Ausbreitung von Tuberkulose und HIV/AIDS engagieren, die Lizenz entzieht und stattdessen eine Zentralagentur schafft.
21.4.2010	Präsident Berdymuchammedow plant, den seit Explorationsarbeiten im Jahr 1971 brennenden und inzwischen als Touristenattraktion etablierten Gaskrater bei Darwasa in der Karakum-Wüste löschen zu lassen, um die dortigen Gasreserven zu fördern.
23.4.2010	In Aschchabad findet die erste Zirkusvorstellung seit Mitte der 1990er Jahre statt. Der ehemalige Präsident Nijasow hatte die Zirkuskunst als dem turkmenischen Volke fremd erklärt, von seinem Nachfolger wurde sie rehabilitiert.

Usbekistan

20.3.2010	Der pakistanische Staatsminister Saleem H. Mandiviwala teilt nach einem Besuch in Taschkent mit, dass Usbekistan seine Bereitschaft erklärt habe, Pakistan zu einem Preis von 2,3 Cent pro Einheit mit Strom zu versorgen. Die ADB habe die Finanzierung der dafür notwendigen Hochspannungsleitungen von Kabul nach Peschawar bereits zugesagt.
20.3.2010	Ein Vertreter von FM Radio Maxima in Taschkent dementiert Berichte, wonach es Radiosendern verboten worden sei Sting und Julio Iglesias zu senden.
22.3.2010	Ein Vertreter der Schweizer Firma Zeromax GmbH teilt mit, dass im Gebiet Buchara und in der Nähe von Chiwa zwei neue Erdgasvorkommen entdeckt wurden.

22.3.2010	Präsident Islam Karimow preist nach einem Treffen mit dem Wirtschafts- und Industrieminister Omans, Maqbul Bin-Ali Bin-Sultan, die bilateralen Beziehungen. Es wird eine Reihe von Wirtschaftsabkommen unterzeichnet.
22.3.2010	12 Mediziner werden wegen Fahrlässigkeit, die zur HIV-Infektion von 147 Kindern führte, zu Freiheitsstrafen zwischen fünf und acht Jahren verurteilt, meldet ferghana.ru.
24.3.2010	In Taschkent findet ein deutsch-usbekisches Wirtschaftsforum statt.
25.3.2010	In Taschkent findet die erste Sitzung einer usbekisch-russischen Arbeitsgruppe zur Umsetzung von Vereinbarungen zum Schutz der Gastarbeiter beider Länder statt.
25.3.2010	Das Außenministerium protestiert bei der israelischen Botschaft gegen Aktivitäten des israelischen Kulturzentrums, dessen Mitarbeiter unter Schülern israelischen Patriotismus propagieren würden.
28.3.2010	Vor dem UN-Menschenrechtsausschuss beklagen Experten, dass Usbekistan eine umfassende Untersuchung der Vorgänge in Andischan 2005 versäumt habe.
26.3.2010	Uznews.net meldet, dass Dilorom Abdukadirowa bereits am 12.3. wieder verhaftet wurde. Sie war im Januar aus dem politischen Exil in Australien zu ihrer Familie zurückgekehrt, nachdem ihr Straflosgigkeit zugesichert worden war.
28.3.2010	In der Grenzstadt Termes protestieren ca. 1.000 Studenten und Hochschullehrer gegen tadschikische Pläne, das Aluminiumwerk TALCO in Grenznähe zu auszubauen.
30.3.2010	Vertreter verschiedener Rechtsorgane treffen in der Generalstaatsanwaltschaft zu Gesprächen über den Stand der Implementierung des Anti-Terror-Gesetzes zusammen.
30.3.2010	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch fordert die Regierung auf, den Forderungen der UN-Menschenrechtsausschusses nachzukommen
30.3.2010	Lufthansa bedient ab sofort drei Mal wöchentlich die Strecke München-Taschkent.
31.3.2010	Auf der regulären Sitzung der usbekisch-russischen Regierungskommission, an der auch der russische Vize-Premier Sergej Iwanow teilnimmt, bekundet die russische Seite ihr Interesse an langfristigen Gasverträgen mit Usbekistan. Lukoil werde 2010 480 Mio. US-Dollar in die usbekische Öl- und Gasindustrie investieren.
31.3.2010	Außenminister Wladimir Norow hält sich zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen Shah Mahmood Qureshi sowie Präsident Asif Ali Zardari und Premierminister Yousaf Raza Gilani in Pakistan auf.
2.4.2010	In Taschkent findet die 16. Sitzung der regionalen Anti-Terror-Einheit der SCO statt.
3.4.2010	50 Textilarbeiterinnen, die Mitte März von der türkischen Firma Beltlis Tekstil wegen Verlegung der Produktionsstätte von Taschkent nach Chirchik entlassen worden waren, kündigen rechtliche Schritte an.
5.4.2010	In einer Rede vor Studenten der Universität für Weltsprachen und Diplomatie in Taschkent fordert UN-Generalsekretär Ban Ki Moon u. a. die Einhaltung der Menschenrechte in Usbekistan.
5.4.2010	UN-Generalsekretär Ban Ki Moon erklärt zum Abschluss seines Usbekistanbesuches, dass er über die notwendige regionale Kooperation zur Lösung von Wirtschaftsproblemen und der Aralsee-Katastrophe mit Präsident Karimow gesprochen habe.
5.4.2010	General David Petraeus, der Chef des US Central Command, erklärt vor Journalisten in Astana, dass die USA nicht die Einrichtung eines Militärstützpunktes in Usbekistan erwägen.
6.4.2010	General David Petraeus trifft in Taschkent zu Gesprächen mit Präsident Karimow zusammen.
6.4.2010	Als Ergebnis eines Treffens von Vertretern von Uzbekneftegaz und einer hochrangigen vietnamesischen Delegation wird eine gemeinsame Absichtserklärung mit einem vietnamesischen Ölgiganten unterzeichnet.
8.4.2010	Das Außenministerium verbreitet eine offizielle Erklärung, dass die Vorgänge in Kirgistan zu den inneren Angelegenheiten des Landes zählen und warnt vor den Folgen, die zur Destabilisierung führen können. Die Grenze nach Kirgistan ist geschlossen.
12.4.2010	Im Taschkenter Prozess gegen einen Usbeken, der im November 2009 eine junge Russin auf offener Straße grundlos niedergeschlagen hatte, kommt es zu russophoben Ausbrüchen, ohne dass das Gericht einschreitet.
14.4.2010	Das deutsche Unternehmen Falk Porsche Technik und Uzkhlopkoprom gründen eine Joint-Venture zur Produktion von Verpackungen von Baumwollfasern mit einem Kapital von 10 Mio. US-Dollar.

14.4.2010	Fergana.ru meldet, dass am Morgen auf dem Flughafen von Bischkek einer Gruppe von Usbeken ohne Angabe von Gründen die Einreise nach Kirgistan verweigert wurde – und einige Stunden später usbekische Behörden in Taschkent Kirgisien die Einreise verweigerten.
17.4.2010	In Reaktion auf die instabile Lage in Kirgistan werden die Sicherheitsmaßnahmen in der ostusbekischen Stadt Andischan erhöht.
20.4.2010	Der Außenminister von Sri Lanka, Zainul Abidin Rasheed, trifft während seines Usbekistanbesuches mit dem Minister für ökonomische Beziehungen, Eljor Ganijew, zu Gesprächen über die Perspektiven der Zusammenarbeit zusammen.
20.4.2010	Während seines Staatsbesuches in Russland trifft Präsident Karimow mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew zu einem Vieraugengespräch zusammen. Themen sollen der Ausbau der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen und gemeinsame Interessen, vor allem im wirtschaftlichen und Sicherheitsbereich sein.
20.4.2010	Es wird bekannt, dass im Vorfeld des Moskaubesuches Präsident Karimows bestimmte Artikel der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti in Usbekistan blockiert waren.
20.4.2010	Auf einer Pressekonferenz in Moskau kritisiert Präsident Karimow russische Journalisten, die wegen zu geringer Kenntnisse über Zentralasien die kirgisischen Zustände überall für möglich halten.
21.4.2010	In der gemeinsamen russisch-usbekischen Abschlusserklärung werden das tiefe gegenseitige Verständnis und die enge Zusammenarbeit betont. Russische Kommentatoren weisen aber darauf hin, dass strittige Punkte nicht nur nicht gelöst, sondern offenbar gar nicht angesprochen wurden.
21.4.2010	Uztransgas reduziert wegen Zahlungsrückständen die Lieferungen in das kirgisische Gebiet Osch um zwei Drittel.
22.4.2010	In Taschkent wird der Chef der NGO » Für freie und ehrliche Wahlen«, Abdullo Tadschiboj ugli, wegen des Vorwurfs der Organisation einer Demonstration vor dem Gebäude des Ministerkabinetts festgenommen.
23.4.2010	Der Regionaldirektor für Aserbajdschan und Zentralasien der Western Union Bank, Dschalil Chajdarow, wurde vor einigen Tagen tot in seiner Wohnung aufgefunden, wird erst jetzt inoffiziell bekannt. Die Angaben über die Todesursache sind widersprüchlich.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2010 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de



Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de